

Einigkeit

Organ des Verbandes der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

MIT „FRAUENRECHT“ „JUGENDWACHT“ „RECHTSFRAGEN“

Erscheint jeden Dienstag, Redaktionschluss Montag.
Verantwortlich für die Redaktion: H. Lanke, Berlin NW 40,
Reichstausufer 2. — Fernsprecher: Amt Hansa 8482.

Verlag: Fr. Krieg, Berlin NW 40, Reichstausufer 3
Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt
Paul Singer & Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3.

Abonnementpreis: 1,50 M. monatlich. Zu beziehen durch die Post.
Einzelpreis: Die 6 gefaltete Nonpareilseite 1 M., bei Arbeitsmarkt,
Gratulationen, aus Ortsvereinen und Krankenkassen 30 Pf.

Von Kopenhagen bis Wien.

Die internationale Union der Lebens- und Genussmittelarbeiter tritt am 2. Juli zum 4. Internationalen Kongress in Wien zusammen. Von der Exekutive liegt hierzu ein gut ausgestatteter Tätigkeitsbericht über ihre Arbeiten der letzten Geschäftsperiode vor. Ueber die Wirtschaftslage in der Lebens- und Genussmittelindustrie wird in sehr übersichtlichen Darstellungen berichtet, aus denen immer wieder hervorklingt, daß die Industrie in den letzten Jahren starken Schwankungen unterworfen war. In allen Produktionszweigen spielt bekanntlich die kapitalistische Methode des künstlichen Auf- und Abstieges der Warenpreise eine große Rolle. Insbesondere ist diese Erscheinung auf dem Weltgetreidemarkt zu beobachten. Begünstigt wird dieses System durch die Hochschutzzollpolitik, wie sie in den einzelnen Ländern mehr oder weniger besteht. Entsprechend der großen Veränderung der Preisgestaltung auf dem Warenmarkt wurde auch stark der Beschäftigungsgrad in Mitleidenschaft gezogen. Aus fast allen Ländern wird über zeitweise starke Beschäftigungskrisen berichtet, die im Zusammenhang mit der allgemeinen Depression im gesamten Wirtschaftsleben standen. Dazu trug vornehmlich die kapitalistische Tendenz der Preissteigerung wesentlich bei, die in rascheren Sprüngen vor sich ging, als die Erhöhung der Einkommensquote für die Arbeiter.

Immerhin kann die Union trotz allen diesen Hemmungen und ungünstigen Beeinflussungen auf wesentliche Fortschritte in der letzten Geschäftsperiode zurückblicken. Im Jahre 1925 gehörten der Union 672 794 Mitglieder an. Ultimo 1927 betrug der Mitgliederstand 764 426 in 29 Organisationen; ein respektable Erfolg in Anbetracht des achtjährigen Bestehens. Damit soll nicht gesagt sein, daß wir uns mit diesen prächtigen Ergebnis zufrieden geben können, denn leider stehen noch viele Organisationen der Union fern. Die australischen Gewerkschaften haben es noch nicht für nötig befunden, der Union beizutreten. In England und den Vereinigten Staaten sind nur die Verbände der Bäcker- und Konditoren angeschlossen. In beiden Ländern stehen die Verbände der Brauer und Fleischer, Mühlenarbeiter und sonstiger Nahrungs- und Genussmittelarbeiter der Internationale noch fern. Von den südamerikanischen Staaten gehört noch keine Gewerkschaft der Union an. Es bleibt also für die Folgezeit noch eine sehr große Arbeit übrig, um auch diese Verbände von der Notwendigkeit des internationalen Zusammenschlusses zu überzeugen. Sicher wird der Wiener Kongress sich sehr eingehend mit dieser Frage beschäftigen, und wir zweifeln nicht daran, daß er Mittel und Wege finden wird, um dieses Ziel zu erreichen.

Die Union kann hinsichtlich ihrer Leistungen ebenfalls auf bedeutende Erfolge zurückblicken. In der Frage des Verbots der Nachtarbeit wurde durch ihre Initiative im Jahre 1925 die Konvention beim Internationalen Arbeitsamt mit übergroßer Mehrheit zur Annahme gebracht. Ebenfalls ist es dem planmäßigen Vorgehen der Union gelungen, die Vorstöße aus dem Unternehmerlager gegen die Konvention vor dem Internationalen Gerichtshof in Haag abzuschlagen. Nimmehr muß in den Ländern die praktische Auswirkung durch die Ratifizierung in den Landesparlamenten erfolgen.

Die Kulturforderung des Verbots der Nachtarbeit ist zum Allgemeingut der sozialpolitischen Gesetzgebung geworden. Auf seiten der Bäckereiarbeiter steht die Internationale Arbeitskonferenz. Die Gegner des Verbots der Nachtarbeit wurden dadurch gründlich in ihren Hoffnungen bei ihren Arbeiten zur Beseitigung dieses kulturellen Fortschrittes enttäuscht.

Neue Aufgaben werden in der Folgezeit an die Union herangetragen. Das Tragen von schweren Lasten und seine schädliche Auswirkung auf den menschlichen Körper wird in kürzester Zeit Gegenstand der Beratungen vor dem Internationalen Arbeitsamt sein. Hierbei ist die Union wiederum führend und hat bereits in guten Arbeiten vorzügliche Aufklärung in der Öffentlichkeit über die Schädigung des Tragens von schweren Lasten geleistet.

Die Erfolge der Union sind weiter ersichtlich bei der Hilfeleistung in den wirtschaftlichen Kämpfen der einzelnen Länder. Durch die überaus rührige Tätigkeit in der Exekutive war es wiederholt möglich, bei Lohn- und Tarifikämpfen mittelst Boykottverhängungen die Bewegungen erfolgreich für die Arbeiterschaft zum Abschluß zu bringen.

Diese Tätigkeit konnte die Internationale nur Dank der großen Opferwilligkeit der ihr angeschlossenen Organisationen ausüben. Einnahmen und Ausgaben bilanzieren in der Geschäftsperiode mit 327 930 Schweizer Franken. Der Vermögensbestand betrug am 31. Dezember 1927 96 129 Schweizer Franken. Dadurch war es auch möglich, daß sehr zweckentsprechende Einrichtungen in der Innenorganisation geschaffen werden konnten. Die Union gibt ein Mitteilungsblatt an die angeschlossenen Organisationen heraus, das sich nicht nur auf Uebermittlung von Nachrichten über die Tätigkeit in der Organisation erstreckt, sondern als seine vornehmliche Aufgabe betrachtet, wirtschaftliche Probleme, wie auch Vorgänge in der Konzern- und Trustbildung und der Verfilzung der Industriegruppen auf internationalem Gebiete zu behandeln. Diese Einrichtung hat sich vorzüglich bewährt. Wir wünschen, daß sie noch mehr vervollkommen wird, denn die Ausgaben, die dazu verwendet werden, verzinsen sich reichlich.

Die Union konnte vor kurzer Zeit von den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages über das Unterstützungswesen berichten (Siehe Nr. 14 der „Einigkeit“), der mit fast allen angeschlossenen Organisationen vereinbart wurde. Aus ihren weiteren Arbeiten heben wir die Aufnahme der Lohnstatistik über das Reallohneinkommen der Beschäftigten in der Nahrungs- und Genussmittel-Industrie in den Jahren 1926 und 1927 hervor.

Die Berichte der Landesorganisationen bestätigen im allgemeinen die zeitweise mißliche Wirtschaftslage der einzelnen Industriegruppen in den Ländern. Ganz besonders mußten darunter die deutschen Gewerkschaften leiden, infolge einer überaus starken Anschwellung der Arbeitslosenziffer. Ebenfalls wird über einen hohen Stand der Arbeitslosigkeit aus Oesterreich, Rußland und den skandinavischen Ländern berichtet.

Aus Italien liegt ein übersichtlicher Bericht vor über die Zertrümmerung der gewerkschaftlichen

Organisation durch die Faschisten. Die italienische Organisation besteht als solche nicht mehr. Die gewerkschaftlichen Einrichtungen, ihre mühsam zusammengesparten Gelder, ihr Inventar, ihre Häuser und sonstige Besitzwerte wurden von den Faschisten geraubt oder zerstört. Die Führer der gewerkschaftlichen Organisation mußten zum größten Teil aus dem Lande flüchten und heute dominiert die faschistische Organisation, von Regierungsgnaden geduldet. Von der Union wurde viel geleistet zur Unterstützung der italienischen Kollegen.

Der Wiener Kongress sieht neben der Behandlung der geschäftlichen Fragen ein Referat über die internationale Struktur der Lebens- und Genussmittelindustrie und die Stellung der Arbeiterschaft vor. Zweifellos ein guter Gedanke der Exekutive, daß diese Frage auf dem Kongress behandelt wird. Die Arbeiterschaft in der Lebens- und Genussmittelindustrie ist in hervorragendem Maße von den internationalen Vorgängen auf dem Weltwirtschaftsmarkt abhängig. Allein schon die Tatsache, daß viele Hauptrohstoffe von den einzelnen Industrien eingeführt werden müssen, also den Preisschwankungen durch die Zollpolitik und sonstigen kapitalistischen Maßnahmen vornehmlich unterliegen und dadurch selbstverständlich wiederum drückend auf den Beschäftigungsgrad sich auswirken, bedingen einen tieferen Einblick in diese Zustände.

Der Kongress wird sich bestimmt auch mit der Frage beschäftigen müssen, welche Maßnahmen zu treffen sind, um endlich die Außenseiterorganisationen für die Union zu interessieren. Es sollte nach den vorliegenden prächtigen Ergebnissen, das Interesse bei den der Union fernstehenden Organisationen rascher geweckt werden können und nicht mehr fortwährenden Ermahnungen und Bitten bedürfen zum Anschluß an die große internationale Körperschaft.

Auch innerorganisatorische Fragen bedürfen unbedingt der Klärung. Die Zusammensetzung im Vorstand der Union, wie sie bisher zu verzeichnen ist, wird auf die Länge der Zeit für die großen Organisationen untragbar. Es muß dem demokratischen Grundsatz mehr Geltung wie seither verschafft werden, um der Mitgliederzahl entsprechend auch das Stimmrecht im Vorstand zu sichern. Wir legen unserer Forderung die Branchenabgrenzung zugrunde und da finden wir, daß die Mehl- und Zucker verarbeitenden Industrien mit 352 000, die Getränkeindustrien mit 141 000, die Fleisch-, Fisch- und Konservenindustrien mit 124 000 und die übrigen Lebens- und Genussmittelindustrien mit 146 000 Mitgliedern in Frage kommen. Bei der Verteilung der Vorstandssitze muß unbedingt die Gruppenstärke in der Vertretung Berücksichtigung finden. Dieser Vorschlag würde zweifellos dem demokratischen Prinzip entsprechen.

Möge der Kongress in Wien, getragen von dem Gefühl der Verantwortlichkeit, gute Arbeit leisten. Letzten Endes hängt alles davon ab, wie wir uns das internationale Gebäude errichten. Es muß wohnlich sein und allen Raum gewähren zur Betätigung ihrer spezifischen Berufsaufgaben und wir haben auch die Hoffnung, daß die Abgesandten der einzelnen Länder an die Lösung dieser Fragen mit großem Eifer herantreten werden.

Der Beschäftigungsgrad in der Süßwarenindustrie im Mai.

Im Mai war die Beschäftigungslage in der Back-, Süß- und Teigwarenindustrie als verhältnismäßig günstig anzupreisen. Nach den Berichten waren am Monatschluß in 197 Betrieben insgesamt 33 859 Personen beschäftigt. Im Vormonat hatten 201 Betriebe mit insgesamt 30 686 Beschäftigten berichtet. Da uns auch diesmal die Berichtsbogen nicht aus allen Bezirken zugegangen sind, so konnte nicht allgemein der Grundsatz durchgeführt werden, daß stets die gleichen für diesen Zweck ausgewählten Betriebe an der übersichtlichen Zusammenstellung beteiligt sind. Von den an unserer monatlichen Statistik des Beschäftigungsgrades bisher beteiligten Verbandsbezirken fehlten die Berichtsbogen aus Königsberg, Danzig, Stettin, Bremen, Halberstadt, Wernigerode, Braunschweig, Zwickau, Freiburg i. Br. und Elberfeld. An die Vertrauensleute in den Betrieben richten wir daher das Ersuchen, diese Berichte stets am Monatschluß auszufüllen und an den zuständigen Bezirksleiter zwecks Weitergabe an die Zentrale einzusenden, damit unsere Uebersicht immer vollständig ausfällt.

Die Zahl der Betriebe mit Ueberstunden hat sich im Mai von 27 auf 38 erhöht. Ebenso ist die Zahl der Betriebe mit gutem Beschäftigungsgrad gestiegen. Die vergleichsweise Darstellung der Beschäftigungslage in den letzten drei Monaten zeigt die Günstigstellung im Mai. 61,4 Proz. der Beschäftigten entfielen auf Betriebe mit gutem, 34,1 Proz. auf Betriebe mit befriedigendem und 4,5 Proz. auf Betriebe mit schlechtem Beschäftigungsgrad.

Monat	Gut		Befriedigend		Schlecht	
	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte	Betriebe	Beschäftigte
März	104	13 464	88	13 660	39	3 748
April	104	17 505	72	9 449	25	3 732
Mai	120	20 802	61	11 518	16	1 539

Ueber die Beschäftigungslage in den einzelnen Bezirken unterrichtet die nachstehende Tabelle:

Bezirk	Betriebe	Anzahl der Beschäftigten			Anzahl der Betriebe mit Ueberstunden	Anzahl der Betriebe mit teilweiser Beschäftigung
		männlich	weiblich	zusammen		
Breslau	4	60	199	259	—	—
Görlitz	3	38	201	239	10	4
Kandzin	3	80	396	476	10	4
Cottbus	1	153	497	650	—	—
Berlin	14	1 925	3 125	5 050	30	125
Hamburg	11	650	1 585	2 235	87	43
Magdeburg	13	752	1 698	2 450	111	9
Hannover	8	343	1 410	1 753	157	4
Leipzig	18	676	2 556	3 232	110	74
Jessau	5	113	512	625	—	1
Halle	4	213	973	1 186	—	5
Chemnitz	3	14	31	45	—	1
Dresden	15	1 023	2 231	3 254	68	22
Erfurt	1	13	40	53	—	2
Saalfeld	1	350	530	880	—	—
München	4	99	301	400	32	52
Nürnberg	9	272	581	853	49	8
Würzburg	4	143	330	473	55	—
Regensburg	2	119	465	584	—	84
Stuttgart	11	442	781	1 223	18	12
Mannheim	5	211	473	684	37	2
Frankfurt a. M.	7	236	473	709	15	4
Raiffe	5	113	180	293	—	—
Düsseldorf	3	56	356	412	—	16
Köln	4	671	1 957	2 628	58	13
Köln	5	115	310	425	8	2
Krefeld	8	253	388	641	20	84
Essen	4	22	167	189	17	—
Dortmund	2	24	94	118	4	11
Bielefeld	20	437	1 373	1 810	91	15
Zusammen im Vormonat	197	9 616	24 243	33 859	987	595
Zusammen im Mai	201	8 205	22 481	30 686	897	977

Die gelbe Mittelstands- und Kreditbank-Pleite.

Unseren Lesern konnten wir im vorigen Jahr berichten, daß der gelbe Bundesführer Wichmann, abgehaltener Landtagsabgeordneter, die meistertreuen Schäftein aufforderte, ihre Spargroschen der Mittelstands- und Kreditbank, einer Gründung der Volkshäuser, zur Verfügung zu stellen. Tatsächlich fanden sich auch genug Dumme, die auf diesen Schmus her-einstießen. Nunmehr wird berichtet, daß das gelb-volkshäuser Unternehmen den Konkurs erklärte und in der letzten Generalversammlung ein heilloses Krach unter den gelb-volkshäuser Jährlern ausbrach. Der gelbe Bundespräsident leitete die Zusammenkunft, und war

nicht in der Lage, die an ihn gestellten Fragen beantworten zu können. Soviel ist aber an die Öffentlichkeit gekommen, daß die Geschäftsführung der Bank, die denkbar lieblichste gewesen ist. Einige Hundert Geschäftsleute werden bedeutenden finanziellen Schaden erleiden. Die meistertreuen Schäftein, die wiederum auf den Leim gekrochen sind, werden von ihren eingezahlten Geldern sicher keinen Pfennig mehr erhalten. Trotz allen künstlichen Versuchen zur Sanierung der Bank verblieb immer noch ein Rest von 40 000 Mt. Schulden, so daß die Generalversammlung am 15. Juni alle diese Beschlüsse annullieren mußte, und eine Kommission einsetzte, die so schnell wie möglich den Konkurs der Bank anmelden soll.

Der gelbe Bundespräsident hat wirklich Pech bei allen seinen geschäftlichen Unternehmungen, es will nichts mehr funktionieren in seinem Laden. Bei den Behörden wird er überall abgewiesen und nunmehr muß er wie ein betrübter Lohgerber zusehen, wie die Bankgründung nach kurzer Zeit pleite ging.

Handwerksbetriebe in Berlin.

Im Amtsblatt der Handwerkskammer zu Berlin wird über die, dieser Organisation angeschlossenen Zahl von Handwerksbetrieben berichtet. Es bestanden 67 854 Betriebe mit 170 127 Gesellen und Arbeitern, 38 978 Lehrlingen und 14 336 Angestellten und sonstigen Hilfskräften. In diesen Handwerksbetrieben sind also 223 641 Personen außer den Betriebsinhabern beschäftigt.

Für die Bäcker und Konditoren wurden 4253 Betriebe mit 13 356 beschäftigten Personen ermittelt, im

Holt die Indifferenten heran!
Am 30. Juni muß der 26. Wochenbeitrag bezahlt werden!

Fleischergewerbe 4278 Betriebe mit 8933 beschäftigten Personen. Das Bäcker- und Fleischergewerbe steht in bezug auf den Kleinbetrieb mit an vorderster Stelle, übertroffen wird es von den Damenschneidern, den Schuhmachern, Herrenschneidern, Barbieren und Friseuren. Wenn wir die Einwohnerzahl zugrunde legen, so steht das Bäckergewerbe in Berlin annähernd auf dem Durchschnitt, wie es in der Gewerbe- und Betriebszählung 1925 ermittelt wurde. Im Fleischergewerbe mußte gegen das Jahr 1925 in den Betrieben eine Abnahme von 2,7 Proz. und bei den beschäftigten Personen eine Zunahme von 25,4 Proz. verzeichnet werden. Im Bäcker- und Konditoreigewerbe beträgt die Abnahme der Betriebe nur 0,9 Proz., dagegen die Zunahme der Beschäftigten 15,2 Proz.

Diese Feststellung ist von besonderer Bedeutung, insofern, als auch hier wiederum der Nachweis erbracht wird, daß der Zwergbetrieb mehr und mehr verdrängt wird, das ist verständlich in Anbetracht der bestehenden Wohnungsnot und der äußerst geringen Möglichkeit, neue Betriebsanlagen zu eröffnen.

Hingegen ist die Gesamtzahl der beschäftigten Personen in den verminderten Betrieben ganz bedeutend gestiegen; im Fleischergewerbe um mehr als ein Viertel, im Bäcker- und Konditoreigewerbe um fast ein Sechstel. Eine Zunahme an Betrieben weisen das Friseur- und Malergewerbe, Elektrotechniker, Mechaniker, Buchdrucker, Ofenheizer und Dachdecker auf. In allen übrigen Gewerbeten vollzieht sich die Konzentration in ähnlicher Weise wie im Fleischer- und Bäckergewerbe.

Zünftlerische Konfusionäre.

Zu denen, die auch nicht gerne Steuern zahlen, gehören unsere Handwerksmeister. So meint der Handwerkskammer Syndikus E. Kotten, Stettin, in einem Artikel in der Unternehmerpresse, dringend erforderlich sei eine Vereinfachung der Steuergeetze, schon um die unproduktiven Arbeiten des Meisters für den Staat einzuschränken. Dies würde aber nur möglich sein, wenn erst einmal die schon so oft angeknüpfte Vereinheitlichung der öffentlichen Verwaltung energig in Angriff genommen sei. Im selben Atemzuge aber verlangt der Herr Syndikus einen weiteren Ausbau der Verwaltung. Er verlangt „eine angemessene Berichtigung des Handwerks im Reichskabinett durch Schaffung zum mindesten eines besonderen Staatssekretariats.“

Also: raus aus den Kartoffeln und immer wieder rein in die Kartoffeln. Und an ihrem Staat hängen sie, aber nur keine „unproduktive Arbeit“ für ihn leisten, das heißt, ja nur selbst keine Steuern bezahlen zu seiner Unterhaltung, nur meckern, das ist die Parole.

Das Arbeitsrecht ist dem braven Syndikus auch im Wege, er wäre sonst ja nicht der richtig aufgelegene Handwerkskammer Syndikus. Wenn die Uhr richtig aufgeht, dann muß sie auch den eingebaute Gang laufen, und der Syndikus läuft ihn. Er meint: „Unsere Wirtschaft, auch die des Hand-

werks, wird nur dann vorwärtskommen, wenn alle die Produktion hemmenden schematischen Bestimmungen des Arbeitsrechts beseitigt und die Lohnpolitik mehr auf wirkliche Leistungen abgestimmt wird; nur so wird das Handwerk seine Wertarbeit steigern können.“

Hoffentlich wird der Syndikus wenigstens seine Arbeit nicht als Wertarbeit ausgeben wollen. Wenn die Arbeit der Handwerker im allgemeinen auf keinem höheren Niveau steht, als die ihres Syndikus, der sich nur auf ausgelassenen Gemeinplätzen zu bewegen versteht, dann „Gute Nacht“ Handwerk, dann lebstest du wirklich keine Wertarbeit!

Serien.

Die Sonne lacht. Ein wunderbarer Frühlingsmorgen grüßt lockend mich durchs Fenster. Die goldnen Strahlenbündel, die mit verschwenderischer Pracht in mein Zimmer sich ergießen, küssen liebend mit dem Schlaf aus den verträumten Augen. Fürwahr, in solcher Festtagsstimmung bin ich noch nie erwacht, wie heute am ersten Ferientage. Selbst die vier Wände meines Zimmers, sie schauen anders drein als sonst, wenn ich zum Schaffen mich erhebe.

Ein frischer Zug weht heut durchs ganze Haus. Mir ist's so feierlich und froh zumut, als hätte sich in meinem Lebensbuche ein Blatt gewendet, das mir die Welt im neuen, schöneren Lichte zeigt. Oder ist's, weil ich mit frohen Ferienaugen die Welt betrachte, vielleicht ein Trugbild bloß, das nur auf eine Regung lauert, und dann entflieht wie ein verschreckter Vogel? — — —

Mein lieber Freund, die Welt in den Ferien wird dir zu einer Welt wie du sie selbst dir baust, aus deinem Inneren heraus, zum Kraftquell, oder aber auch zu einem — Kartenhaus, das dann zusammenbricht, wenn zwecklos du die schöne Zeit vergeudet hast.

Drum sammle in der Freizeit Kraft mit besonderem Maße. Der Sonne zeige dich — den Schatten jedoch meide. Den hast du noch genug — später, sobald durch den grauen Alltag die Pflicht dich treibt, und dann noch später, wenn die kühle Erde dich bedeckt. Willst neues Leben du empfangen, neige nur dein Antlitz hin zur Sonne, laß scheinen sie hinein, tief in das kampfdurchwühlte Innere, so wirst du selbst ein Stück von dieser Gottesgabe, ein strahlender Sonnenmensch, der dankbar anerkennt, daß Ferientage Wunder wirken können, jenachdem, mit was für einer Welt man sie umgibt.

kehrtest du mit müden, abgestumpften Sinnen heim, so gehst du jetzt befreit von allen schlaffen Plagegeistern, mit einem Gefühl von Kraft und Freude, als neuer Mensch zurück an's Werk.

Und dann trägst du unter dem schlichten Alltagskleid noch lange etwas aus der sonnigen, schönen Ferienzeit.

25. Genossenschaftstag.

Vom 11. bis 13. Juni tagte in Dresden der Zentralverband deutscher Konsumvereine. In Anbetracht der Gründung des Zentralverbandes vor 25 Jahren in Dresden wurde die Tagung durch besondere Feierlichkeiten umrahmt. Gleichzeitig beging der Dresdner Konsumverein „Vorwärts“ die Feier des 40 jährigen Bestehens. Unter starker Beteiligung von Vertretern der Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden, sowie der ausländischen Genossenschaften, wie auch der dem Zentralverband angeschlossenen Konsumvereine wurden die Errungenschaften in den vergangenen 25 Jahren gewürdigt. Der Zentralverband stieg im Verlauf dieses Vierteljahrhunderts von 575 000 auf 2 918 000 Mitglieder. Der Jahresumsatz beträgt in den Konsumvereinen 841 Millionen Mark, die Spareinlagen stiegen auf 233,3 Millionen Mark, zweifellos eine großartige Leistung innerhalb dieser Zeit. Aus den Begrüßungsreden sei hervorgehoben die des Vorsitzenden des DGB, des Kollegen Leipart, der betonte, daß die Genossenschaften und die Gewerkschaften Brüder sind und sich beide gegenseitig helfen und unterstützen sollen. Die Gewerkschaften erfüllen ihre Pflicht im vollen Maße, und sind stets für die Stärkung der Konsumbewegung eingetreten. Die Konsumgenossenschaften seien für die Arbeiterchaft ebenso notwendig und nützlich wie die Gewerkschaftsbewegung. Aus dieser Erkenntnis heraus habe der letzte Gewerkschaftskongress in Breslau auch den Beschluß gefaßt, mit allen Kräften die Konsumvereinebewegung zu fördern.

Aus der Tagesordnung ist neben der Bericht-erstattung hervorzuheben ein Vortrag über die Gefrierfleischverordnung. Es ist interessant, daß nach der Kürzung des Gefrierfleischkontingents besonders in denjenigen Kreisen, die stets für die Aufhebung des Kontingents eingetreten sind, nunmehr, nachdem die Konsumvereine in der Hauptsache mit der Verteilung betraut wurden, gegen die Kürzung Sturm gelaufen wird.

Ueber die bedeutenden Fortschritte in der Eigenproduktion der Konsumgenossenschaften werden wir in der kommenden Nummer der „Einigkeit“ ausführlich berichten.

Durch die tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mit den Revisionsverbänden für die Beschäftigten in den Genossenschaftsbetrieben, wird über die Tätigkeit in dieser Angelegenheit nicht mehr auf den Genossenschaftstagen berichtet. Zweifellos hat die Genossenschaftsbewegung einen gewaltigen Einfluß in der Wirtschaft dank der Mithilfe der Gewerkschaften erreicht. Gewiß kann noch manches besser werden, denn nach den Erhebungen über die Wochenumsätze in den Konsumvereinen wird noch gute Aufklärungsarbeit nötig sein müssen, um zu erreichen, daß die Mitglieder der Konsumvereine ihren Warenbedarf in der Hauptsache von den Genossenschaften decken.

Felix Weidler im Ruhestand.

Am 1. Juli tritt Kollege Weidler in den Ruhestand. Als wir ihm vor drei Jahren anlässlich seines 65-jährigen Geburtstages unsere Glückwünsche darbrachten, sprachen wir aus, er möge noch lange in seiner jugendlichen Frische der Organisation erhalten bleiben. Auch jetzt, nach vollendetem Alter von 68 Jahren am 16. April d. J., erfreut sich Kollege Weidler der körperlichen und geistigen Rüstigkeit.

Sein Tätigkeitsgebiet in der Organisation war reich an Erfolgen. Am 1. Juli 1902 wurde er vom ehemaligen Konditorverband als Geschäftsführer der Zahlstelle Berlin angestellt. Damals waren die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse für die in den



Ronditoreien und der Süßwarenindustrie Beschäftigten noch die denkbar ungünstigsten. In den Konditoreibetrieben herrschte allgemein die sieben-tägige Arbeitswoche und obwohl seit 1896 durch Bundesratsverordnung die tägliche Arbeitszeit auf 12 Stunden begrenzt wurde, so war aber dennoch zu verzeichnen, daß in sehr vielen Betrieben diese Bestimmungen nicht eingehalten wurden. Die Unternehmer konnten nur deshalb allgemein Sabotage an dem Schutzgesetz betreiben, weil die Gehilfenschaft den Wert der gewerkschaftlichen Organisation noch nicht erkannt hatte. Sie glaubten in schieflüch-friedlicher Weise werde mit den Selbständigen das Ziel der Verbesserung der wirtschaftlichen Lage auch durch den Zusammenschluß in lokalen Vergütungs- und Gehilfenvereinen erreicht werden können. In der Süßwarenindustrie wurde die Aufklärungsarbeit bei den Beschäftigten stark durch die Fluktuation gehemmt.

Freund Weidler hat bei diesen Berufsgruppen in der gewerkschaftlichen Aufklärungs- und Erziehungsarbeit Hervorragendes geleistet, wofür ihm die Kollegen den größten Dank schuldet. Als Reichssektionsleiter für die Konditoren, dessen Vertrauensamt er bis zum Zusammenschluß zur Einheitsorganisation bekleidete, sei besonders hervorzuheben, sein energiegelobtes Eintreten für die Beibehaltung und Sicherung des gesetzlichen Verbots der Sonntagsruhe. Den Beschäftigten in der Süßwarenindustrie stand er stets als treuer Anwalt in der tariflichen Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen bei. Seine umfassenden Kenntnisse auf arbeitsrechtlichem Gebiet, seine überlegene Handlungsweise in allen schwierigen Situationen, sicherten ihm einen großen Freundeskreis. Seit 1907, dem Zusammenschluß der Verbände der Bäcker und Konditoren, war Kollege Weidler als Redakteur tätig. Er war der Gründer unserer fachtechnischen Zeitschrift „Technik und Wirtschaftswesen“, die er durch emsigen Fleiß zur bestredigierten Zeitschrift in der Mehl- und Zuckerarbeitenden Industrie ausbaute.

Kollege Weidler wird auch jetzt noch seine Kräfte in den Dienst der Organisation stellen. Vom Verbandsvorstand wurde ihm der ehrenvolle Auftrag erteilt, den dritten Band der Geschichte der Bäcker- und Konditorenbewegung zu schreiben. Wir wünschen dem aus unserm Tätigkeitsgebiet scheidenden Freund noch viele sonnige Tage.

Hans Thierer

tritt am 1. Juli in den Ruhestand. Am 1. Oktober 1904 wurde unser Kollege vom Brauerverband als Bauleiter für den südwestdeutschen Gau angestellt. Seiner umsichtigen Leitung ist es zu verdanken, daß in diesem Gebiete durch seine Anstellung ein rascher Aufstieg der gewerkschaftlichen Organisation für die Beschäftigten in der Brauindustrie erfolgen konnte. Es waren große Schwierigkeiten zu überwinden, insbesondere in den wirtschaftlich rückständigen Gegenden, um die Kollegenschaft für die gewerkschaftlichen Ideen zu gewinnen. Damals herrschten noch trostlose Zustände in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung. Vielfach waren in der Brauindustrie die Beschäftigten noch in Kost und Logis und diese Zustände trugen vornehmlich, wie in allen anderen Berufen, wo dieses Entlohnungssystem bestand, wesentlich zum langsamen Aufstieg der Organisation bei. 1909 wurde er in das Zentralbureau nach Berlin berufen. Er leitete hier bis zu seinem Abgang die Expedition. Kollege Thierer zählt zu der alten Garde, und er war in seinen jungen Jahren, unbekümmert um die Schwierigkeiten, die vom Unternehmertum der Gewerkschaft entgegengeleitet wurden, stets ein mutvoller Bannerträger für die Verwirklichung unserer Ideen. Wir wünschen unserem Kollegen noch viele Jahre in geistiger und körperlicher Rüstigkeit.

Um die Gunst der Weinbauern.

Aus dem Preussischen Landtag wird uns geschrieben: Der neue Preussische Landtag ist am 8. Juni zu seiner ersten Sitzung zusammengetreten.

Wie nicht anders zu erwarten war, gingen einzelne Parteien, darunter auch solche, die bisher der praktischen Parlamentsarbeit Steine in den Weg legten, sofort an die Arbeit um zu zeigen, daß sie wirkliche „Vertreter“ der Volksinteressen sind.

Den Anstoß hierzu gaben u. a. die Frostschäden im Weinbaugebiet. Hier zu helfen ringen Kommunisten, Deutschnationale, Wirtschaftspartei und Zentrum um die Vorbeeren. Es braucht nicht besonders betont zu werden, daß es bisher gerade die Sozialdemokratie gewesen ist, die bei wirklichen Notfällen helfend eingegriffen hat und in den Parlamenten entweder Anträge selbst stellte, oder Gesetze, die zur Linderung der Not bestimmt waren, unterstützte. Sie war aber auch stets diejenige Partei, die es unterließ, Aktionen nur um der Agitation willen zu unternehmen, womit den Notleidenden stets mehr geschadet als genutzt wird.

Dies trifft zum Teil zu bei den Anträgen um Unterstützung der durch den Frost geschädigten Winzer. Den Vogel hierbei, und das ist bezeichnend, schießt die SPD. ab. Sie verlangt nicht mehr und nicht weniger als daß alle Steuern, soweit der Steuerpflichtige kein Jahreseinkommen von über 3 600 Mk. aufzuweisen hat, erlassen werden. Aber nicht nur die neuen Staats- und Gemeindesteuern sollen niedergeschlagen werden, sondern auch die alten rückständigen. Man will, ohne zu prüfen bzw. nachzuforschen, ob der Schuldner infolge Notlage die Steuern schuldig blieb, oder aus Böswilligkeit unter der Parole des Landbundes nicht zahlte, die Steuern erlassen, was gleichbedeutend wäre mit einer Prämie auf die Steuerdrückbergerei.

Weiter sollen die laufenden Staats- und Gemeindesteuern in dem vom Frost betroffenen Gebiet erlassen werden ohne festzustellen ob ein Schaden vorhanden ist und in welcher Höhe.

Weiter sollen Notstandsmaßnahmen ab 1. Mai ergriffen, und die Erwerbslosenunterstützung in der Höhe der Gruppe 6 bezahlt werden. Was aber mit den Weinbergarbeitern, die zum Teil als landwirtschaftliche Arbeiter betrachtet werden und der Erwerbslosenversicherung nicht unterliegen, geschehen soll, hat man im Antrag vergessen. Der SPD. scheinen die Winzer und Winzeröhre, die Weingutsbesitzer — und hier gibt es nicht wenige, die kein „nachweisbares“ Einkommen von über 3 600 Mk. aus dem Weinbau haben — mehr am Herzen zu liegen als die Weinbergarbeiter, die schon seit Jahren Not leiden.

An diesen Antrag reichen selbst die Anträge der anderen Parteien, die sich stets auf den Boden des Privatkapitals stellen im Gegensatz zur SPD., die es jeden Tag einige dutzendmal, wenn auch nur mit dem Munde, vernichtet, nicht heran.

Sie fordern nur Steuererlasse, Kredite usw. für die nachweisbar Geschädigten. Es war also das Bernünftigste, was die Sozialdemokratie in voller Einmütigkeit unterstützte. sämtliche Anträge dem Ausschuss für Handel und Gewerbe zu überweisen. Hier wird es in erster Linie Aufgabe der SPD.-Vertreter mit sein, die Anträge in einen brauchbaren Rahmen zu fassen, um den wirklich Geschädigten, den Winzern, Weinbergarbeitern und -arbeiterinnen und nicht zuletzt den durch Ausfall von Steuern geschädigten Gemeinden zu helfen. Gerade letzteren muß gleichfalls geholfen werden um sie nicht durch Steuererlasse in eine Lage zu bringen, die es ihnen unmöglich macht, ihren gemeindlichen Verpflichtungen nachzukommen, was nicht Not lindern, sondern Not schaffen hieße.

Die ärztliche Versorgung der Kassenmitglieder.

Nach den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung wird die ärztliche Behandlung, die zum Vollzuge des Gesetzes notwendig ist, durch approbierte Ärzte und Zahnärzte geleistet. Die Hilfeleistungen anderer Personen (Heilgehilfen, Bäder, Massage usw.) kann nur durch die Versicherungen übernommen werden, wenn der Arzt oder Zahnarzt sie anordnet oder wenn in dringenden Fällen kein Arzt hinzugezogen werden kann. In diesen letzten Fällen muß jedoch möglichst bald ein Arzt hinzugezogen werden, der die Weiterbehandlung übernimmt. Die Behandlung von Zahnkrankheiten kann nach näheren Bestimmungen auch durch Zahntechniker (Dentisten) gewährt werden. Soweit liegen die Dinge ziemlich klar. Die Krankenkassen brauchen nicht sämtliche Ärzte zur Behandlung ihrer Mitglieder zuzulassen, sondern nur die sogenannten „Kassenärzte“. Die Bestimmungen über das Verhältnis der Krankenkassen zu den Ärzten sind so vielseitig und verwickelt, daß sie manches Buch füllen. Es heißt als grundlegende Bestimmung im § 368 der Reichsversicherungsordnung: „Die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden durch schriftlichen Vertrag geregelt; die Bezahlung anderer Ärzte kann die Kasse, von dringenden Fällen abgesehen, ablehnen.“

Die Kasse kann zur Erfüllung dieser Vorschrift alle im Bezirk tätigen Ärzte zulassen (freie Arztwahl) oder auch nur einen Teil derselben (beschränkt freie Arztwahl). In kleineren und mittleren Städten sind meist alle Ärzte zur Kassenpraxis zugelassen. In den Großstädten liegen die Dinge meist anders, da hier die Zahl der praktizierenden Ärzte zu groß ist, um vollkommen zur Kassenpraxis zugelassen zu werden. Jede Kasse soll jedoch mindestens ihren Mitgliedern die Wahl unter zwei Ärzten freistellen. Die meisten Kassen schreiben vor, daß sich die Kranken dem Arzt gegenüber als Kassenmitglieder auszuweisen haben (durch Krankenscheine usw.). Nach den gesetzlichen Bestimmungen hat die Kasse das Recht, die Bezahlung anderer Ärzte als der zugelassenen Kassenärzte abzulehnen. Nur in dringenden Fällen, wenn kein Kassenarzt zu erreichen ist, muß die Kasse auch die Kosten, die durch die Hinzuziehung von Nichtkassenärzten entstehen, übernehmen.

Genau wie auf allen anderen Gebieten, so spezialisiert sich auch die ärztliche Wissenschaft heute mehr und mehr. Selbst in kleineren Orten findet man heute die verschiedensten Spezial- oder auch Fachärzte. Es entsteht nun die Frage, ob die Kassen auch die Kosten für die notwendige fachärztliche Versorgung ihrer Mitglieder übernehmen müssen. Soweit diese Fachärzte bei der betreffenden Kasse zugelassen sind, besteht hierüber kein Zweifel. Die Kasse ist zahlungspflichtig. Verordnet der behandelnde praktische Arzt jedoch die spezialärztliche Behandlung, so muß die Kasse die Kosten hierfür auch dann übernehmen, wenn der Facharzt nicht allgemein zur Kassenpraxis zugelassen ist. Es ist dies vielen Mitgliedern noch unbekannt. Die Mitglieder haben Anspruch auf „ärztliche“ Behandlung. Was diese der Kasse kostet, kann ihnen ganz gleichgültig sein. Die Kassen können höchstens in ihrer Krankenordnung eine Bestimmung aufnehmen, daß vor der Inanspruchnahme nicht, besonders zugelassener Spezialärzte die Genehmigung der Kasse einzuholen ist. Diese Genehmigung kann jedoch nicht versagt werden, wenn die Behandlung durch einen Facharzt notwendig ist.

Nach einer neueren Entscheidung (Oberversicherungsamt Magdeburg 27. Februar 1928) müssen die Kassen auch die fachärztliche Behandlung bei einem Nichtkassenarzt übernehmen, wenn die vorherige Genehmigung von der Kasse wegen der Dringlichkeit des Falles nicht mehr einzuholen war. Es ist eigentlich merkwürdig, daß eine solche selbstverständliche Entscheidung erst gefällt werden mußte. (Es gibt eben leider auch heute noch eine ganze Anzahl von kleinen Kassen, die ihren Daseinszweck noch nicht voll erfasst zu haben scheinen.) Zu erwähnen sei hier noch, daß auch die Reisekosten zu auswärtigen Ärzten (Fahrgelder, Krankenwagen usw.) von den Kassen übernommen werden müssen. Diese Ausgaben fallen mit unter den Begriff der ärztlichen Behandlung und sind deshalb stets voll von der Kasse zu erheben. Die Kassen können jedoch ihren Einfluß auf die Auswahl des Transportmittels auswirken. Auch wenn die Kasse als Mehrleistung freie ärztliche Behandlung an die versicherungsfreien Familienangehörigen ihrer Mitglieder gewährt, muß sie die notwendig werdenden Transportkosten der Kranken oder der Ärzte zu den Kranken übernehmen. R—5.

Das Unkraut.

Draußen spricht es. Feld und Flur werden jung. Wiesen und Gärten erblühen. Und dann erfreuen wir uns der neuen Pracht. Und wir freuen uns besonders all des lebendigen Grüns, das wir auf Grund unserer Erziehung als wertvolle Natur betrachten. Wir lieben

die Rose und das Veilchen und auch die Blumen der Wiese, und wir freuen uns auch der Gärten, die da sprießen, damit der Mensch davon seinen Nutzen hat. Aber auf Grund dieser unserer alten Erziehung achten wir das Unkraut gering. Ja, es ist unser Feind, und wir meinen, es verdiente die Ausrottung.

Doch ist auch das Unkraut Leben, Natur, mit seinen Werten. Nur wenn wir alles vom menschlichen Nützlichkeitsstandpunkte betrachten, ist das Unkraut wertlos. Die Natur jedoch, der alles, was ist, Eines ist, ist auch das Unkraut eines ihrer Kinder.

So gab sie auch dem Unkraut seinen Wert. So gab sie ihm so oft einen lieblichen Duft, während die Nutzpflanzen ihn nur selten haben. Natur teilt ihre Werte, daß jeder etwas hat. Und damit auch das Unkraut nicht enterbt sei, so gab ihm Mutter Natur aus dem großen Heilungs- und Differenzierungsgeleze der Welt heraus so oft den schönsten Geruch, den Nutzpflanzen nicht haben. Die schlichte Schafgarbe am Wegesrande, die wir auf unserem Spaziergange so oft getreten, zeigt es uns.

Nichts ist „Unkraut“ im höheren Gemeinschaftssinn. Alles hat seinen Wert, das da lebt. Und nimm den schäblichsten Menschen und lerne ihn kennen, und auch er wird dir zeigen, daß er ein Kind ist der Gottnatur, weil auch in ihm etwas feimt.

Immer wieder wird es Unkraut geben und Früchte, und immer wieder Menschen mehr oder minder gut. Doch alle werden in einer anderen Ordnung einmal Menschen sein, denen eine neue Menschheit ihr Herz schenkt, weil sie alles als Ganzes und ein großes Lebendiges betrachtet, ob sie alle volle Kinder der Entwicklung sind oder noch auf dem Wege.

Technik und Wirtschaftswesen

im Bäcker- u. Konditorgewerbe, in der Süß-, Back-, Teigwaren- und Mühlenindustrie

erscheint vom Juli an in einem neuen Gewande. Die erste Seite des farbigen Umschlages bekommt ein von Künstlerhand entworfenes Bild, das die Technik und Wirtschaft in der Nahrungsmittelindustrie veranschaulicht. Der Umfang des Heftes wurde von 28 auf 32 Textseiten erweitert. Diese monatliche Fachzeitschrift bringt für die Berufsangehörigen äußerst wertvolle Abhandlungen von ständigen Mitarbeitern aus Fachlehrertreibern der Nahrungsmittelchemie, von Ingenieuren, Technikern, Lehrern an Fachschulen und tüchtigen Fachleuten aus der Praxis, die teilweise durch Abbildungen erläutert sind. Ferner enthält jedes Heft eine Rundschau in Gewerbe und Industrie, Berichte über die Marktlage unserer Rohstoffe und Auszüge und Abhandlungen aus den Patentchriften, die den neuesten Stand der Technik in den einschlägigen Industrien aufzeigen.

Der Bezugspreis wurde für Verbandsmitglieder auf 25 Pf. pro Heft, oder vierteljährlich auf 75 Pf. herabgesetzt. Mehrbestellungen wollen die Ortsgruppen umgehend aufgeben, damit diese bei der Druckherstellung rechtzeitig berücksichtigt werden können.

Der Saftanz.

1. Die Nürnberger Büttnerlänze — im Dürerjahre.

Weniger bekannt als die oft beschriebenen und altberühmten Münchener Schafflertänze, die alle sieben Jahre stattfinden, sind die Nürnberger Büttnerlänze, die ebenfalls auf ein altes Herkommen zurückgehen und die jetzt aus Anlaß des Nürnberger Dürerjahres erneut zu Ehren kommen. Am Himmelfahrtsfest und am Pfingstamstag wurden sie zum ersten Male mit prächtigstem Erfolge vorgeführt und sollen in der Folge während des ganzen Dürerjahres jeden zweiten Samstag im Monat zur Aufführung gelangen. Mit dem Büttnerlänze ist das sog. Schembartlaufen verbunden, ein für Nürnberg charakteristischer mittelalterlicher Mummentanz.

Der Büttnerlänze wurde, obwohl auch andere Handwerke wie z. B. die Messerschmiede althistorische Tänze hatten, deshalb herausgehoben, weil dieses Gewerbe sowohl in Vergangenheit als auch in der Gegenwart in Nürnberg eine besondere Bedeutung beanspruchen kann. Bereits im 14. Jahrhundert hatte das Büttnerhandwerk in Nürnberg mit seinem hochentwickelten Brauwesen eine steigende Wichtigkeit erlangt, so daß auch bei den Zunftauszügen gerade die Büttnerlänze besondere Leistungsfähigkeiten aufweisen konnte. Ihre Hauptaufgabe waren große Reiflänze, mit denen sie in Nürnberg ebenso wie in anderen Städten mit harter Fasserproduktion traditionell hervortraten. Daß diese altgründliche Kunstfertigkeit in Reifschwänzen nicht erloschen ist, konnte man bei den jüngsten Aufführungen in Nürnberg aus Anlaß der Dürerfestlichkeiten staunend bewundern. Den

Verkehr und Technik.

Mit der Nr. 26 der „Einigkeit“ ist die Nr. 5 „Verkehr und Technik“ zum Vorschein gekommen. Aus dem Inhalt sei besonders hervorgehoben: Der Rechtsschutz des Verbandes für die Fahrer. Kraftfahrzeugverkehrsordnung. Der Verkehr auf der Einbahnstraße. Entscheidungen über das Vorfahrtsrecht. Vorfahrtsrecht des Kraftfahrers. Kraftfahrzeugführer und Verkehrsabwicklung. Blendung des Kraftfahrers durch Scheinwerfer. Vollmacht des Verteidigers bei Einspruchslachen. Ueber neuzeitliche Obstmostbereitung. Von der Bierbereitung. Die Fabrikation des Spiritus 1. Abdampf.

Eine Anzahl Ortsgruppen haben für ihre Mitglieder, die früher „Verkehr und Technik“ als Beilage der Verbandszeitung erhalten haben, und sich für die Zeitschrift interessieren, immer noch nicht ihre Bestellungen auf „Verkehr und Technik“ der Expedition zugestellt. Nr. 4 kann nachgefordert werden.

Bäckereigewerbe

Die Tarifbewegung in den Brotfabriken Frankfurt am Main.

Die Tarifbewegung in den Brotfabriken Frankfurt am Main wurde durch Vereinbarung eines neuen Tarifs mit Erfolg für die beteiligten Kollegen beendet. Die Unternehmer hatten den Tarif gekündigt, um bedeutende Verschlechterungen durchzusetzen. Das ist ihnen nicht gelungen. Der neu abgeschlossene Tarif sieht unter anderem die Gewährung von Urlaub bis zu 14 Tagen und die Weiterzahlung des Lohnes in Krankheitsfällen bis zu 24 Arbeitstagen vor. Neu ist auch eine Tarifbestimmung, daß weibliche Personen in den Betrieben bei der Herstellung von Backwaren nicht beschäftigt werden dürfen. Für einige Arbeitnehmergruppen konnten durch Umgruppierung bzw. durch Versetzung in höhere Lohnstufen noch einige Lohnverbesserungen erreicht werden. Der Tarif kam durch freie Vereinbarung mit dem Verband der Brotfabrikanten zustande, nachdem allerdings auch ein Schiedsspruch vorangegangen war. So haben sich die Bäcker in den Brotfabriken durch ihre geschlossene Abwehrinstellung ihre langjährigen tariflichen Vergünstigungen erhalten können.

Die Bäckermeister Frankens

hatten auf ihrem 39. Verbandstag allerhand Wünsche beschlossen, um das Arbeitsschutzgesetz in ihrem Sinne abzuändern. „Landesgewerberat“ Schröpfer aus Hof leitete mit einer äußerst reaktionären Rede diesen Tagesordnungspunkt ein. Seine Ausführungen zeigen jedoch von recht wenig Wissen. Auf mehr oder weniger grobe Schiefheiten kam es ihm dabei nicht an. Er behauptete, daß in Hamburg vor dem Kriege 2000 Bäckereien bestanden und heute nur mehr 500. Der Rückgang der Betriebe sei nach seiner Meinung auf den Todfeind, den Konsumverein zurückzuführen, der übrigens stark mit öffentlichen Geldern und Darlehen sowie durch Steuerbefreiung begünstigt wird.

Von ihm konnte man auch nicht erwarten, daß er gegenüber der sozialen Gesetzgebung einen fortschrittlichen Standpunkt einnehmen wird. Schlanke behauptet er, das Arbeitsschutzgesetz in seiner neuen Vorlage wäre für das Bäckergewerbe nicht tragfähig. Seitens der Regierung wurde den weitgehenden Ansprüchen der Gewerkschaften entgegengekommen. Die fränkischen Bäcker fordern den 4-Uhr-Beginn. Sie verlangen weiter eine Verlängerung der Arbeitszeit nicht nur auf 54 Stunden wöchentlich, sondern auf täglich 12 Stunden, wie es in der Vorkriegszeit allgemein üblich

war. Die fränkischen Bäckermeister sind uns sehr gut bekannt, mit ihren Nachbarn, den Schwaben, als die größten „Mißbräuter“. Hier finden wir auch noch eine starke Gehelingszucht und eine große Gegnerschaft der Tarifpolitik, aber um so größere Freundschaft mit den gelben Meistertreuen Vereinen. Unsere Kollegen in den fränkischen Städten müssen doch endlich einsehen, daß sie bei ihrer Zersplitterung in den Gehelensvereinen den Unternehmern keinen Respekt einflößen können. Der guten Unternehmerorganisation in den fränkischen Innungen muß eine starke Gehelensorganisation entgegengestellt werden und nur dann wird es möglich sein, der Einhaltung unseres Schutzgesetzes Beachtung zu verschaffen.

Elberfelder Meistertreue.

In einem Aufruf des Vorsitzenden vom „Bäckergesellenverein Konfordia Elberfeld“, veröffentlicht im „Handwerksblatt Elberfeld“, wird mit unübertrefflicher Richtigkeit behauptet, daß der Bäckergesellenverein politisch und religiös neutral sei. Warum wird da gegen den eot-en Verband scharf gemacht? Ist das auch Neutralität? Und war das „Handwerksblatt“ im Wahlkampf auch neutral? Diese Neutralität wendet sich nur gegen die Arbeiterschaft. Der Horizont scheint bei dem Aufrufschreiber enger begrenzt zu sein als bei dem jüngsten Lehrling. Er will auch einen Kampf führen gegen Genossenschafts-, Anstalts- und Warenhausbäckereien. Ein neuer Don Quixotte. Seine einzigen Sorgen sind, das gute Einvernehmen zwischen Meister und Gesellen zu fördern. Daß das am wirkungsvollsten geschehen kann, wenn angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen abgeschlossen und eingehalten werden, leuchtet dem Meistertreuen nicht ein. Was dann von Handwerkslehre und dergleichen mehr gesagt wird, so kann mit diesen abgelaufenen Walzen kein Bäckergeselle mehr hinter den Ofen gelockt werden. Dann wird gebettelt bei den Meistern; doch für den Verein Agitation zu betreiben und die Gesellen aufzufordern, sich den Handwerkskrettern anzuschließen. Selig sind die geistig Armen. Wir werden den Elberfelder Meistertreuen schon sagen, welche Organisation politisch und religiös neutral ist und wo ihre Interessen vertreten werden. Hoffentlich kommen sie dann selbst mit ihrem Innungsvormund einmal zu uns und hören auch, was wir wollen?

Böttcherei, Weinhandel

Zum Böttcherstreik in Bremen.

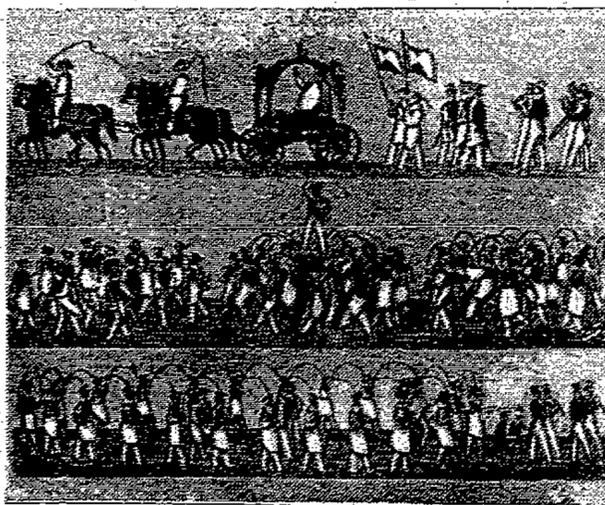
Der Streik unserer Kollegen geht mit voller Schärfe weiter. Alle Versuche der Organisationsleitung zu einer friedlichen Verständigung zu kommen, scheiterten an dem Nachdruck der Meister. Die Unternehmer, früher selbst Gesellen, fordern bedingungslose Wiederaufnahme der Arbeit, was die Kollegen aus verständlichen Gründen mit aller Entschiedenheit ablehnen. Dies Verhalten zeigt uns erneut, daß sie, die es mit Hilfe tüchtiger Arbeiter zu etwas brachten, und zu denen zählen wir auch den Obermeister und 1. Vorsitzenden des Bundes der Deutschen Böttcher-Innungen, reaktionärer sind als die Unternehmer vom großen Format.

Von Streikbrechern blieben wir in Bremen, trotz Auforderung der Innungszeitung „Der Böttchermeister“, verschont. Er schrieb in Nr. 21 wörtlich:

„Es wird sich für manchen Böttcher lohnen, Bremen aufzusuchen, denn gerade dort werden wohl die besten Löhne gezahlt und es ist durchweg gute Arbeit vorhanden.“

Wir wollen gar nicht bestreiten, daß die Löhne der Bremer Kollegen mit zu den besten im Reich zählen. Warum

Büttnerlänze führen ortseingewohnte Büttner auf. Die Tanzgruppe besteht aus 32 Tänzern, 3 Faßklopfern, 1 Reifenschwinger, 1 Lehrbuben, 1 Herold,



Der Büttnerlänze, aufgeführt am 8. Volksfest in Nürnberg, den 25. August 1923.

12 Musikanten, 2 Karren, 60 Schembartläufer, 1 „Hölle“ (Wagenaufbau in Schiffsform, worauf rotgekleidete Teufel lustigen Unfug treiben) usw.

Eine althistorische Fahne der Büttner mit dem Bilde des Zunftpatrons befindet sich im Germanischen Museum; eine Nachbildung davon ließ die Stadt anfertigen;

Oberbürgermeister Dr. Luppe übergab diese nach dem ersten Büttnerlänze am Himmelfahrtstage der Gewerkschaft der Büttner als Zeichen des Dankes für ihre Mühewaltung zur Verherrlichung des Dürerfestes. Auch den Brauereien und anderen Förderern stiftete der Oberbürgermeister ausdrücklich öffentlichen Dank ab, weil sie das Wiederaufleben der althistorischen Gesellschaften ermöglicht hatten. Der Vertreter der Büttnergewerkschaft versprach, die Fahne dauernd in Ehren zu halten.

Der mit großem Beifall aufgeführte Büttnerlänze, während dessen die Schembartläufer den bunten Rahmen bilden, vollzieht sich in folgender Weise:

Aufmarsch im Stern zu vieren zur Darstellung des gefüllten Fasses. In schlängelndem Lauf wird darauf das vielfach gewundene Flußbett der heimischen Begnitz dargestellt. Diese Bewegung läuft aus in die kreisförmige Aufstellung aller zum Reifenschweif. Darauf springen alle zur Mitte vor und machen dem großen Faß ihre Reuerenz. Beim Rücklauf Sprung durch den Reifen und Reifenschwinger, alles in kleinen Kreisen zu vieren. In fröhlichem Umzuge werden dann die Bierwagen nachgebildet, indem die Paare abwechselnd als Pferde und Fuhrleute vorn bzw. hinten laufen und zwischendurch das Rad mit den vier Speichen darstellen. Die Faßklopfen springen währenddem in der Mitte herum und geben durch Hammerschläge den Takt an. Zum Schluß wird wieder das große gefüllte Faß dargestellt. Der Reifenschwinger macht in der Mitte seine kunstvollen Schwünge mit dem geschlossenen Reifen, in dem zwei gefüllte Biergläser stehen und deren Inhalt beim Schwünge nicht verschüttet werden darf.

aber? Hier wird fast nur Handarbeit verrichtet, die in Umarbeitung von Weinfässern, die in vollem Zustand nach Deutschland gelangen, in neue kleine Weinfässer und in der Reparatur von Oghossis besteht. Eine Arbeit, die eben nicht jeder kann oder auch machen will, was dadurch bewiesen wird, daß von auswärtig zugereiste Kollegen meist nach einigen Tagen oder Wochen wieder abreisen oder entlassen werden. Die Arbeitsgelegenheit richtet sich nach dem Weinimport. Geht dieser, gibt es Arbeit, stockt er, werden die Böttcher bis auf einen kleinen Stamm entlassen. Bis Mitte 1927 schwankte die Zahl der Arbeitslosen zwischen 10 und 25 bei rund 35 in den Werkstätten und Fachhandlungen Beschäftigten.

Kollegen, sorgt dafür, daß die Lohndrucke der Meister erfolglos sind, sorgt aber auch dafür, daß Fastagen, die heute unrepariert von Bremen eintreffen, nicht weiter verarbeitet werden, denn das ist Streikarbeit.

Streik bei der Firma March, Berlin.

Der in der Butternonnen-Großböttcherei von March ausgebrochene Streik nimmt unverändert seinen Fortgang. Die Firma weigert sich in ihrer Hartnäckigkeit, den für das Berliner Böttchergewerbe bestehenden Tarif anzuerkennen. Ihr stehen helfend die Kaufpreiße Schenke, Werner und Zeitig zur Seite. Durch diesen Judasdienst hat sich selbstverständlich die Situation verschärft. Ob der Firma aber durch den Verrat gebietet wird, lassen wir noch dahingestellt. Die Erfahrungen zeigen, daß vor solchen Elementen, die ihren Arbeitskollegen in den Rücken fallen, selbst die verstocktesten Scharfmacher keinen Respekt haben können. Letzten Endes wird auch die Firma March einsehen, es wäre doch klüger gewesen, sich schlichtlich und friedlich mit den Arbeitern zu einigen, als den Kampf heraufzubeschwören, wobei auch die Firma nichts profitieren wird.

Vom argentinischen Weinbau.

Der Schwerpunkt der argentinischen Weinerzeugung liegt in der Provinz Mendoza. Etwa 124 000 Hektar sind in Argentinien mit Wein bestellt, davon 82 200 Hektar in Mendoza. Von insgesamt 4499 Kellereien in Argentinien befinden sich 1721, meist Großbetriebe, in Mendoza. 1926 wurden in Argentinien 7 198 496 Doppelzentner Trauben verarbeitet, aus denen 5 284 536 Hektoliter Wein bereitet wurden, davon 3 957 925 Hektoliter in Mendoza, wo 74,8 Liter Wein aus einem Doppelzentner Trauben gewonnen wurden.

Der Weinbau in Argentinien ist infolge Regenmangels (etwa 2 Millimeter im Jahre) an künstliche Bewässerung gebunden. Der Rio Mendoza befruchtet die Zone um die Stadt Mendoza, etwa 100 000 Hektar. Südlich und östlich fließt der Rio Tunuyan und in der Zone von San Rafael der Rio Atuel und Diamante das Wasser. Der Rio Mendoza ist fast ganz ausgenutzt. Ueberschüssiges Wasser führen nur noch die drei anderen genannten Flüsse. Daher bieten auch nur noch die Zone von San Rafael und General Alvear im Bereich des Atuel und Diamante gute Anbaumöglichkeiten. Der Boden ist hier weniger sandig und weniger von Salpeterbänken durchsetzt, aber dafür dunkler und humöser als die Böden der Zone von Mendoza. Die Landpreise schwanken zwischen 200 und 5000 Pesos je Hektar, je nachdem ob und wie weit das Gelände bereits bepflanzt ist. Mit Mais und Alfalfa bereits bestelltes Land, das sich zur Anlage von Rebpflanzen eignet, kostet 500 bis 650 Pesos je Hektar, wenn definitives Wasserrecht vorhanden ist. Der Anlagewert einer dreijährigen Rebpflanzung wird auf 3500 Pesos je Hektar berechnet, der Reinerdienst von dann ab mit 800 bis 900 Pesos je Hektar. Die Nebenprodukte werden wenig ausgenutzt. Die technische Organisation ist sehr verbesserungsfähig. Der

Wein ist einformig im Charakter, ihm fehlt Frische, Delikatesse und Charakter; länger abgelagerte, gute ausgebauter Weine sind selten. Der Preis des gewöhnlichen Trinkweines bleibt erheblich hinter dem Bierpreise zurück. Der Mendoza-Weinbau ist noch recht entwicklungs-fähig. Italien stellt das größte Kontingent der Winzer, trotzdem ist aber für tüchtige Deutsche noch Platz vorhanden. (J. u. S.)

Fleischer und Berufsgen.

Fahnenflucht aus dem Hirsch-Dunderischen Fleischergefellensbund.

Der Hirsch-Dunderische Fleischergefellensbund, der auf Grund seiner Tarif- und Lohnpolitik die westdeutschen Fleischergefellensverbände außerordentlich stark geschädigt und einen Verrat an den anderen gereiht hat, bekommt jetzt bereits dafür die Danksagung ausgesprochen. Die Ortsgruppe Bochum des Deutschen Fleischergefellensbundes ist geschlossen wieder ausgetreten, weil sie eingesehen hat, daß ihre Interessenvertretung vom Bunde nicht wahrgenommen wird. Herr Bielig, der Sekretär mit den gelben Praktiken, hat zwar alle Mühen springen lassen, um diese sehr starke Ortsgruppe zu halten, was ihm jedoch selbst mit Hilfe der Innung nicht gelungen ist. Auch an anderen Orten erfolgen massenhafte Austritte aus dem Hirsch-Dunderischen Fleischergefellensbund. Hoffentlich ziehen die Mitglieder des Bochumer Gefellensvereins aus ihrem Austritt auch die Konsequenz und treten zum Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Sektion der Fleischer, über.

Von der Meister-Schutztruppe.

Seit 1919 hatte unsere Breslauer Ortsgruppe mit der Fleischerinnung die Lohn- und Arbeitsbestimmungen tariflich vereinbart, und zwar so, daß die schlechten Vorkriegsverhältnisse der Breslauer Fleischergefellensverbände wesentlich verbessert wurden. Im Frühjahr 1927 wollte die Innung absolut eine längere als eine 48-Stunden-Woche mit uns abschließen, was wir ablehnten. Darauf schloß die Innung mit dem Bunde ab und verlangte dann von unserer Ortsgruppe, daß sie sich diesem Tarifvertrage anschließen solle. Diese blieb lieber tauflos und benutzte die tariflose Zeit, um auf Grund der Arbeitszeitnotverordnung diejenigen Fleischermeister zur Anzeige zu bringen, die nicht die Bestimmungen der Arbeitszeitnotverordnung einhielten. Damit wurden wesentliche Änderungen in der Arbeitszeit des Breslauer Fleischergewerbes geschaffen.

Im Herbst versuchten wir nun wieder, mit der Innung ins Vertragsverhältnis zu kommen. Das scheiterte daran, daß der mit dem Bunde abgeschlossene Tarifvertrag bis zum März 1928 lief. Nach ergebnislosen Verhandlungen machten wir der Innung davon Mitteilung, daß wir zunächst auf jeden Tarifvertragsabschluß verzichten, mit der Absicht, im März bei Ablauf des gelben Tarifvertrages erneut in Verhandlungen zu treten, zudem der damalige Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Dr. Kobrak, ausdrücklich dem Bundesvertreter Sodan mit auf den Weg gab, bei Neuabschluß eines Tarifvertrages sich wegen der Arbeitszeit mit uns zunächst zu verständigen.

Der Bund machte es natürlich anders. Am 27. Januar d. J. schloß er erneut einen Tarifvertrag bis zum September d. J. ab. Da die Innung auf Erluchen unserer Ortsgruppe mit ihr in Verhandlungen wegen Neuabschluß eines Tarifvertrages zu treten, nur die Erklärung gab, daß sie sich wieder diesem gelben Tarifvertrag anschließen wolle, mußte wieder der Schlichtungsausschuß zu Hilfe gerufen werden. Das Verhalten des Bundes fiel auch hier dem Schlichtungsausschuß auf und der Vertreter der Hirsch-Dunder, der Meisterssohn Sodan, wurde ebenfalls zu den Verhand-

lungen geladen. Der Vorsitzende des Schlichtungsausschusses, Magistratsrat Kühn, legte ihm die Frage vor: „Warum haben Sie bereits im Januar mit der Innung einen neuen Vertrag getätigt, trotzdem der alte Vertrag noch bis März Geltung hatte, das ist doch ein recht eigenartiges gewerkschaftliches Verhalten“. Darauf antwortet der Obermeister der Breslauer Fleischerinnung: „Weil wir es so haben wollten“, und Sodan antwortete: „Weil es uns so gepaßt hat“. Der Obermeister hat, vielleicht ungewollt, ausgeplaudert, was wir schon lange wissen: daß der Bund lediglich die Schutztruppe der Fleischermeister ist.

Ungültig erklärte Gefellenauswahlwahl in Elberfeld.

Am Sonntag, dem 18. März, fand in Elberfeld die Wahl des Gefellenaussschusses der Fleischerinnung statt. Zu dieser Wahl war eine ganze Reihe freigewerkschaftlich organisierter Gefellen nicht eingeladen, so daß wir gegen diese Wahl Einspruch erhoben. Die Innung wartete unseren Einspruch bei der Aufsichtsbehörde gar nicht ab, sondern setzte für den nächsten Sonntag, den 25. März, eine neue Wahl an. Zu dieser Wahl hatten Fleischermeister, Innung und die Ortsgruppe des Hirsch-Dunderischen Bundes alles aufgeboten, um den Gefellenaussschuß mit ihren Leuten zu besetzen. Bei dieser Wahl wurden eigenartige Praktiken vorgenommen. Der Obermeister setzte sich zum Beispiel vor die Wahlurne, um genau feststellen zu können, welche Liste die einzelnen Gefellen wählen. Nachdem wir auf die Unzulässigkeit dieser Wahlkontrolle hingewiesen hatten, wurde ein anderes Vorstandsmitglied der Innung beauftragt, sich vor die Wahlurne, die aus einer unversiegelten Zigarrentüte bestand, hinzusetzen. Berufsfremde Elemente waren zur Wahl eingeladen, um Stimmvieh für den Hirsch-Dunderischen Bund zu sein. Wir ließen die Wahl bis zu Ende durchführen und erhoben bei der Aufsichtsbehörde Einspruch. Nach eingehender Vernehmung der von uns benannten Zeugen erhalten wir folgendes Schreiben: „Auf Ihre Beschwerde vom 26. März 1928. Die Wahl zum Gefellenaussschuß am 25. März 1928 habe ich für ungültig erklärt und dem Innungsvorstand aufgegeben, wegen der Neuwahl der Mitglieder das weitere baldigst zu veranlassen. gez. S. W. Dr. Michaelis.“

Damit ist bestätigt worden, daß die Wahl unkorrekt vorgenommen ist.

Getränke-Industrie

Sonntagsbierausfahrten in Mecklenburg verboten.

Die zunehmende Unsitte der Bierausfahrt an Sonntagen, veranlaßte die Bezirksleitung in Mecklenburg, bei den zuständigen Ministerien ein Verbot dieser gewiß nicht notwendigen Arbeiten an den Sonntagen zu fordern. Vom Mecklenburg-Schwerinschen Ministerium ging unterm 30. Mai folgende Antwort ein:

G. Nr. A. 23470.
In der Bekanntmachung der Ministerien des Innern und Abt. für geistliche Angelegenheiten vom 25. März 1895 - Abl. S. 90 - war auf Grund des § 105 e der Gewerbeordnung unter Ziffer 7 in Ausnahme von 105b Abs. 1 der Gewerbeordnung unter gleichzeitiger Entfreierung von den entgegenstehenden Vorschriften der Verordnung über Heiligung der Sonn- und Festtage die Versorgung der Kundschaft der Bierbrauereien mit Bier und Kokeis an Sonn- und Festtagen während der für den Handel mit denselben freigegebenen Stunden gestattet. Diese Bestimmung ist durch Ziffer 4 der Bekanntmachung der gleichen Ministerien vom 17. März 1919 über Sonntagsruhe im Handelsgewerbe - Abl. S. 263 - dahin geändert, daß die auf Grund des

Man darf sagen, daß diese originellen Reifentänze der Büttnier die vollständigste Veranstaltung des ganzen Dürerjahres bilden. Der Tanz mit den beschriebenen Figuren, dem Reiferspringen und dem Hämmern der Fackelträger finde überall Anklang; den Höhepunkt bildet das kunstvolle Reiferspringen des Altgefellens, der von den beiden gefüllten Gläsern auch wirklich nichts verschüttet und zum Schluß seinen Lobspruch auf die Stadt Nürnberg her sagt.

Der letzte Büttnertanz in Nürnberg vor der jetzigen Erneuerung war im Jahre 1902 aufgeführt worden, nachdem dieser alte Kunstbrauch längere Zeit geruht hatte. In früheren Jahrhunderten war der Tanz der Nürnberger Fackelträger ein oft gesehenes Schauspiel, und die Bevölkerung konnte sich an dem kunstvollen Reifentanz der Büttnier schon seit mittelalterlicher Zeit ergötzen. Die Büttnier trugen bei ihrem Reifentanz rote tuchene Hosen, schöne weiße Hemden, grüne ungarische Kappen mit Bändern auf der Seite, auch war ein Schwärmer bei ihrem Aufzuge. Konrad Gröbel, der bekannte Nürnberger Volksdichter, hat die alten Handwerker aufzue, die bereits zu seiner Zeit der Vergessenheit angehört, köstlich geschildert in seinem mündlichen Gedicht: „Die alten Späße.“ Darin schreibt er von den Büttnertänzen:

Die Büttnier hob'n doch nur M'n
In Leut'n fast on besten g'fall'n;
Es haut holt ober g'seha schöi,
Des oartli Tanz'n mit den Raff'n.
Döi Trekhöit und döi Woar ohschaff'n,
Würd' ober öiz fu g'schwint mit adib.

Eine Neubelebung erfuhren die Büttnertänze in Nürnberg durch die Einführung der Nürnberger Volksfeste vor hundert Jahren, die durch Aufzüge der Gewerbe anziehend gemacht wurden. Das Fünfte Nürnberger Volksfest im Jahre 1830 zeichnet sich als erstes durch den von dem Schauspieler und Tanzlehrer Anton Kleining arrangierten Tanz des Büttniergewerbes aus, der bei diesem Fest zum ersten Male wieder aufgeführt wurde und großen Beifall fand. Die Büttnier bildeten in ihrer weißen und blauen Kleidung mit gelbledernen Schurzellen eine Zierde des Festzuges. Sie trugen, je vier, die schön geschmückten Reife in den Händen, die sie zu den Verschlingungen des Tanzes brauchten, und zwischen ihren Reifen machte ein Hanswurst seine tollen Sprünge. Vor ihnen fuhr ein wohlbeleibter Bacchus, auf einem Fasse sitzend, mit Weinlaub bekränzt, den immer vollen Becher schwingend. Dem Volksfeste von 1832 gab die Teilnahme des größten Teils der Gewerbe durch mittelalterlich gekleidete Repräsentanten, die sehr schön z. T. ganz neu mit dem Innungswappen oder dem Bilde des Schutzpartons geschmückte Fahnen trugen, einen neuen Reiz, darunter befanden sich auch die kostümierten Vertreter der Bierbrauer. Besonders glanzvoll gestaltete sich das in Gegenwart des Herrscherpaares abgehaltene Volksfest von 1833. Hinter den weißgekleideten Jungfrauen, deren einen Ehrenpokal trug, folgten im mittelalterlichen Kostüm die Bierbrauer, die Büttniergefellens mit Bacchus und Gambrianus usw. Die Gastwirte waren zu Pferde. Nachmittags wurde auf dem Festplatz des Ludwigsfeldes nach dem Pferderennen von den

Büttnern ihr kunstvoller Reifentanz aufgeführt. Eine Abbildung des Aufzuges der Büttnier beim Nürnberger Volksfest 1833 mit ihren Festwagen, auf dem oben Bacchus sitzt, befindet sich im Wirtshaus: „Der Büttnertanz“ am Obstmarkt in Nürnberg. Unter dem kolorierten Stich liest man: „Arrangiert von Anton Kleining, Lehrer der Tanzkunst.“ Auch an der Außenfassade dieses Gasthauses gegen den Obstmarkt zu befindet sich ein großes Delgemälde auf Holz gemalt mit einer Darstellung des Büttnertanzes.

Auch später noch wurden im vorigen Jahrhundert der Büttnertanz in Nürnberg hin und wieder wiederholt. Prof. Sepp schreibt 1890 in seinem Buch: „Die Religion der alten Deutschen“: „Der Schäßflertanz ist wieder in Aufnahme, denn zutreffend lesen wir aus Nürnberg: Am 25. Juli wird der hiesige Büttniergehilfenverein auf dem Löwenbräu Keller die Weihe seiner neuen Fahne vornehmen und damit gleichzeitig die Aufführung des vor sieben Jahren an der Sedanfeier zum letzten Male aufgeführten althistorischen R F- oder Büttnertanzes verbinden. Am Montag, den 26. Juli, wird dieser Reifentanz, ähnlich wie in München, bei den Spitzen der Behörden und den Brauherren hiesiger Stadt zur Aufführung gelangen. Zum Feste selbst haben bereits verschiedene auswärtige Schäßflervereine (München, Erlangen, Ansbach, Fürth usw.) ihr Erscheinen zugesagt.“ Der letzte Büttnertanz in Nürnberg wurde dann 1902 aufgeführt, wie bereits oben angedeutet.

§ 105 e Abs. 1 zugelassenen Ausnahmen von der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe nachgeprüft und nur zum Teil noch aufrecht erhalten sind. Dabei sind Ausnahmen für den Handel mit Bier nicht zugelassen. Damit ist auch die Versorgung von Rumbacht der Bierbrauereien und Bierhändler mit Bier und Kabeis an Sonn- und Festtagen unzulässig geworden.

Die Polizeibehörden wollen darauf achten, daß diese Bestimmung durchgeführt wird.

Auch vom Ministerium des Innern in Neustrelitz erhielten wir die Abschrift einer Verfügung an die Räte der Städte und die Renter folgenden Wortlauts:

G. Nr. 4094 b/28.

Nach § 105 f der Gewerbeordnung dürfen die unteren Verwaltungsbehörden zulassen, daß in den Sommermonaten an Sonn- und Festtagen solche Gaststätten mit Bier beliefert werden können, die bei Volksfesten und anderen außerordentlichen Anlässen im Freien errichtet werden und mangels geeigneter Kellereien nicht in der Lage sind, sich vorher einzudecken.

Nach gegebener Veranlassung werden die Städte und Renter im Einvernehmen mit dem Gewerbeaufsichtsamt in Schwerin ersucht, im Falle eines Bedürfnisses von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen, ein weiteres Ausfahren von Bier an Sonn- und Festtagen durch die in Frage kommenden Gewerbetreibenden aber mittelst Strafverfahrens oder polizeilichen Zwanges zu verhindern.

Tagung der Fruchtfaßindustriellen.

Von beruflichen Fragen abgesehen ist der Inhalt industrieller oder handwerklicher Zusammenkünfte fast immer derselbe. Feststellungen, daß das Gewerbe am Rande des Abgrundes steht, wechseln mit herzerreißenden Klagen über die hohen Steuern und Soziallasten und die ungerechtfertigten Löhne der Arbeiter. Schließlich werden dann noch einige Forderungen hinsichtlich der Zollgesetzgebung aufgestellt.

Ähnlich verläuft auch die Tagung der Fruchtfaßindustriellen. Einen breiten Raum nahmen auch hier die Zollfragen ein, über die eine einheitliche Auffassung nicht zu erzielen war. Während ein Teil der Anwesenden sich für die Erhöhung des Zolles auf Himbeerfaß aussprach, erklärte Meyer aus Waldenburg sich dagegen mit der Begründung, daß damit der Himbeerfaß im Inland teurer würde und der Verbrauch des billigeren, aus dem Ausland eingeführten Zitronenfaßes zunehme. Diese Ansicht wurde ausschlaggebend.

Bemerkenswert ist die Einstellung der Unternehmer gegen die Steuererhöhung der Zölle, die im Gegensatz zur allgemeinen Anschauung in diesen Kreisen steht. Aber nicht etwa im Interesse der Verbraucher, sondern weil Zollerhöhungen in Preissteigerungen auslaufen und den Warenabsatz und den Profit gefährden.

Widerprüche.

Auf die Tagung des Deutschen Braumeister- und Malzmeisterbundes am 16. Juni in Dresden haben wir in Nr. 22 der „Einigkeit“ hingewiesen, und auch auf den Widerspruch in ihrer wirtschaftlichen und ethischen Einstellung. Einen gleichen Widerspruch brachte auch die Tagung selbst. In der Eröffnungsansprache wurde geklagt über den rauen völkermordenden Weltkrieg, der so viele Braumeister im besten Mannesalter hinwegriß. Mit dieser Klage stimmt aber nicht überein die Verehrung des Systems (verkörpert durch die aufspielenden „königlich sächsischen Hoftrumpeter in historischer Uniform“), das den Krieg verursachte. Auch der vielen Braumeister als Opfer der Betriebsstilllegung und Zusammenlegung wurde gedacht, bezeichnet als Folge des wirtschaftlichen Niederganges der Nachkriegszeit und der Inflation. Das ist nicht ganz richtig. Sie sind Opfer der kapitalistischen Wirtschaft, wie so viele tausende Brauereiarbeiter auch. Wäre die Auffassung der Braumeister richtig, dann müßte jetzt bei besserem Geschäftsgang ihre Zahl erheblich größer sein. Das Finanzinteresse geht über Berufsinteresse, auch in der Brauindustrie; das ist des Pudels Kern.

Konditorgewerbe

Bundestagung der Selbständigen.

Nach den Berichten in der Unternehmerpresse ist die Tagung des Deutschen Konditorenbundes in Verbindung mit praktischem Festlichkeiten, Schauwettbewerb und Sachausstellung glänzend verlaufen. Dennoch wurden große Klagen angestellt über die schlechte Geschäftslage im Konditorgewerbe. Natürlich überboten sich die einzelnen Redner in Vorwürfen gegen die Regierungspolitik des Bürgerblocks, hinsichtlich der Besteuerung der Unternehmer, der hohen sozialen Lasten, die sie zu tragen haben, und die schädlichen Auswirkungen des Schutzgesetzes für die Beschäftigten in den Bäckereien und Konditoreien. Herr Horst K o h l glänzte im Mittelpunkt der Veranstaltung. Der „Hofkonditor“ gab sich wirklich große Mühe, vor der Tagung die Öffentlichkeit in langen Begrüßungsartikeln auf die Forderungen des Konditorgewerbes aufmerksam zu machen, und sie gipfelte darin, daß die Sonntagsarbeit unbedingt wieder genehmigt werden muß, wenn weiterhin das Gewerbe existenzfähig bleiben soll. Um nach außen hin mit dieser rückwärtigen Forderung Anklang zu finden, wurde betont, Selbständigen müsse eine entsprechende Entschädigung für die Sonntagsarbeit an die Gehilfenschaft erfolgen. Wir kennen nur zu gut die Herren der süßen Zunft aus ihrer früheren Einstellung gegenüber dem nationaldemokratischen Konditorgewerksverband hinsichtlich seiner Forderung auf Freigabe eines halben Werktages. Damals wurde ebensowenig den Wünschen der Gehilfen entgegengekommen, und auch jetzt werden die Versprechungen nur auf dem Papier bleiben, aber niemals in die Tat umgesetzt.

Das rücksichtslose Geschrei nach Wiedereinführung der Sonntagsarbeit veranlaßte sogar den Bundespräsidenten, etwas dämpfend auf die Freunde der Sonntagsarbeit einzuwirken. Er hielt es bei Anerkennung der sachlichen Wichtigkeit dieser Anschauung aus technischen Gründen nicht für empfehlenswert, die Wiedereinführung der Sonntagsarbeit zum Programm zu erheben. Nach seiner Meinung sollte vorerst auf die Gehilfenschaft „erzieherisch“ eingewirkt werden, um sie „freudig und gern“ für die Sonntagsarbeit zu beeinflussen.

Die Gehilfenschaft weiß nun, wohin die Wege der Selbständigen führen, und sie wird sicher auf der Hut sein, um der nunmehr einsetzenden erzieherischen Tätigkeit der Selbständigen energisch Widerstand zu leisten. Was wir früher schrieben, daß die Sonntagsarbeit auch für das Konditorgewerbe nicht nötig ist und in Anbetracht der technischen Fortschritte auch ohne Sonntagsarbeit auskommen ist, das können wir nur wiederholen. Es liegt an der Gehilfenschaft, in voller Einigkeit den Abwehrkampf gegen die Pläne des Unternehmertums aufzunehmen.

Die hierzu angenommene Entschädigung sieht so aus: 1. Der Reichsbundestag der Konditoren zu Erfurt 1928 spricht die Erwartung aus, daß die Gestaltung des neuen Arbeitsrechts durch das Arbeitsschutzgesetz der Eigenart des Konditorgewerbes Rechnung trägt und insbesondere eine beschränkte Sonntagsarbeit für leicht verderbliche Waren zuläßt, ohne die die Lebensinteressen des Konditorgewerbes Not leiden.

2. Der Reichsbundestag richtet an das Reichsarbeitsministerium das Ersuchen, in den Bezirken, wo der Abschluß eines Tarifvertrages nicht möglich ist, die 54-Stunden-Woche auf Grund des § 1 Abs. 2 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien in der Fassung vom 16. Juli 1927 in Kraft zu setzen.

3. Der Reichsbundestag hält eine fünfjährige Gehilfenzeit als Vorbedingung für die Zulassung zur Meisterprüfung im Konditorgewerbe für notwendig und wünscht ihre Zulassung in allen Kammerbezirken, wo noch abweichende Bestimmungen bestehen.

4. Der Reichsbundestag der Konditoren nimmt einstimmig dahin Stellung, daß die zuständigen Ministerien an die Gewerbeaufsichtsämter Anordnungen ergehen lassen möchten, wonach der Vertrieb von Speiseeis durch Straßenhändler in hygienischer und gewerbepolizeilicher Beziehung scharf überwacht wird. (Evtl. eine Ergänzung darüber, welche hygienischen Vorschriften für den Straßenhandel mit Eis zu erlassen sind.)

Tausend Mark Geldstrafe.

„Hofkonditormeister“ Horst K o h l - Erfurt wurde vor dem Amtsgericht in Erfurt wegen fortwährender Übertretung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe zu 1000 Mk. Geldstrafe verurteilt. In diesem Betrieb wurde das ganze liebe Jahr hindurch an den Sonntagen gearbeitet. Auf eine erfolgte Anzeige erhielt er einen Strafbefehl von 100 Mk., dagegen erhob er Einspruch und rechnete sicher darauf, daß der Bundesanwalt Bender ihn vor dem Gericht herausreißen wird. Als aber die Verhandlung stattfand, versuchte er, mit allen möglichen Ausreden seine leitenden Angestellten dafür verantwortlich zu machen, und wie weiter festgestellt wurde, bezahlte er auch den Gehilfen für die geleistete Überarbeit keinen Pfennig Lohn. Nach seiner Bekundung sollten die Gehilfen diese Mehrarbeit „freudig und gern“ geleistet haben und hierfür betrachtete er seine Weihnachtsgeschenke als ausreichende Entschädigung. Ja, er ging sogar soweit und versuchte vor dem Gericht sein Verhalten als mit dem Gesetz in Einklang stehend hinzustellen. Der Strafbefehl von 100 Mk. wurde geändert und ihm vor dem Amtsgericht eine Geldstrafe von 1000 Mk. zudiktirt. Ein böser Reinsfall nach den herrlichen Festtagen. Nach der Einstellung des „Hofkonditormeisters“ wird er sicher höhere gerichtliche Inznanzen noch anrufen. Ueber den Ausgang der weiteren Verhandlungen werden wir berichten.

Mühlenindustrie

Die „notleidende“ Mühlenindustrie.

Die 55. Hauptversammlung deutscher Müller findet vom 24. bis 28. Juni in Berlin statt. Aus den geschäftlichen und gesellschaftlichen Veranstaltungen können wir ersehen, daß den Festlichkeiten ein sehr großer Raum gewährt wird. So treffen sich die Verhandlungsteilnehmer am ersten Tage im Konzertgarten der Krolloper, sind um 9 Uhr morgens des nächsten Tages wieder im Landwehrpark am Zoo beisammen zur Einnahme eines kalten Frühstücks. Wir sehen dann die Teilnehmer mit ihren Damen im Botanischen Garten wieder, finden sie später nachmittags unter den Linden, auch in der Weimarerstraße des Lunaparks, in der Ausstellung „Ernährung“, auf der Terasse des Restaurants „Wilhelmshöhe“ in Reichelsberg, aber der Endlich wird nach dreitägiger Anwesenheit die Hauptversammlung eröffnet. Bei dem geschäftlichen Teil haben die Herrschaften wenig Lust sich lange aufzuhalten, denn die um 9 Uhr am 27. Juni beginnenden Verhandlungen werden so früh beendet, daß man sich abends schon wieder im Landwehrpark am Zoo treffen kann, dort gibt es Festeis und Ball.

Die Notlage der Mühlenindustriellen scheint aus diesem Programm bestimmt nicht hervorzugehen. Es muß doch ein guter Gewinn auch in der Mühlenindustrie abgeworfen

werden, wenn sich die Unternehmer mit ihren Damen ein derartiges ergrühtes Vergnügungsprogramm erlauben können. Wenn wir uns in den letzten Wochen die Reminiscenzen über die mißliche Wirtschaftslage in der Mühlenindustrie, wie sie in der Öffentlichkeit geschildert wurde, vergegenwärtigen, dann muß man schon zu der Meinung kommen, daß hierbei nicht der Wahrheit die Ehre gegeben würde. Ebenfalls können wir immer wieder bei unseren Tarif- und Lohntverhandlungen feststellen, daß von Unternehmenseite stets behauptet wird, die Mühlenindustrie sei nicht in der Lage, unseren berechtigten Forderungen stattzugeben zu können.

Ueber die Tagung werden wir unseren Kollegen berichten.

Die Schlesiern Mühlenwerke nach der Fusion.

Die Schlesiern Mühlenwerke N.-O. erzielten im Jahre 1927 nach Abziehung von 245 130 RM. und Deckung der Steuern von 460 248 RM. einschließlich eines Vortrags von 156 221 RM. einen Reingewinn von 414 359 RM. Im Jahre vorher betrug der Reingewinn 156 221 RM. An die Aktionäre wurden 5 Proz. auf die Stammaktien und 6 Proz. auf die Vorzugsaktien als Dividende ausbezahlt. Bei der Fusion wurde bekanntlich das Stammkapital von 3 Millionen Mark auf 1,8 Millionen Mark herabgesetzt, in der letzten Generalversammlung jedoch zum Erwerb einer Reihe von Gesellschaften auf 4,4 Millionen Mark wieder erhöht.

Ueber den Geschäftsgang der Mühlen, die überwiegend in Schlesien liegen, wird berichtet, daß er unbefriedigend ist. Obwohl die schlesische Ernte von 1927 verhältnismäßig günstig war, hatten die Mühlenindustriellen keinen Vorteil davon, da das Getreide ihrer Einkaufsgebiete durch das System der Ausfuhrprämie (Einfuhrscheine) vom angrenzenden Ausland weggezogen wurde. Die dadurch entstandene Erhöhung der Getreidepreise verschloß den Mühlen einen großen Teil der Absatzgebiete. Eine weitere Verschärfung trat noch ein, durch die Nichterledigung des Abschusses von Handelsverträgen mit Polen. Auch in diesem Geschäftsjahr hat sich die Lage der schlesischen Mühlenindustriellen nicht gebessert. Nachdem alle Verhandlungen wegen den handelspolitischen Berücksichtigungen der besonderen Verhältnisse Schlesiens nichts gefruchtet haben, sahen sich die Mühlenbesitzer genötigt, ihre Betriebe bis auf weiteres stillzulegen, weil ein rentables Weiterarbeiten zurzeit ausgeschlossen scheint. Jedoch ist die Entwicklung des Handelsgeschäfts weiter günstig, so daß die Gesellschaft für ihre Gesamtunternehmen, wenn keine besonderen Umstände eintreten, wieder ein angemessenes Erträgnis erwartet. Es ist von Interesse, wie im schlesischen Mühlenkonzern, trotz der überaus mißlichen Geschäftslage, durch den weitgedehnten Handel dieses Unternehmens jetzt schon mit zufriedenstellenden Erträgnissen rechnen kann, während die Arbeiterschaft in dieser Industrie durch die Betriebschließung auf die fägliche Arbeitslosenunterstützung angewiesen ist. Frohlig kann dieser Konzern erklären, daß trotz der Produktionsstilllegung zufriedenstellende Reingewinne auch ferner abgeworfen werden.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Ausschluß. Auf Antrag der Ortsgruppe Berlin wurden wegen Streikbruch ausgeschlossen die Böttcher Johann Werner, R. Nr. 507, und Wilhelm Zeig, R. Nr. 25 605.

Die Einsendung der Fragebogen zur monatlichen Feststellung der Mitgliederzahlen, Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit für den Monat Juni ist spätestens am 3. Juli fällig. Keine Ortsgruppe versäume die pünktliche Absendung, weil diese Feststellung über die Stärke der einzelnen Sektionen und über den Umfang der Arbeitslosigkeit usw. in den Berufen für die Verbandsleitung von großer Wichtigkeit sind; die frühere Stabstiftkarte braucht nicht mehr eingefandt zu werden. Der Vorstandsvorstand.

Eingänge bei der Hauptkassa

vom 1. bis 21. Juni 1928.

- (Hilfskonto der Hauptkassa: Berlin 12 079, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter - Hauptverwaltung G. m. b. H., Berlin NW 40.)
- Bamberg 400,---, Lahe 350,---, Tangermünde 400,---, Würzen 500,---, Seibronn 17,20, Berlin 1575,---, Kiel 1000,---, Berlin 1500,---, Glöckner 202,40, Greiz 400,---, Berlin 369,40 und 24,05, Ratibor 100,---, Worms 500,---, Frankfurt a. M. 3,90, Krefeld 4,80, Danzig 4,---, Memmingen 15,---, Berlin 6,40, Somburg v. d. S. 300,---, Rostock 80,---, Oranienburg 190,---, Rothenheim 250,---, Essen 1,50, Berlin 500,--- und 310,96 und 390,80 und 210,80, Passau 6,90, Bremen 59,20, Duisburg 49,80, Velheim 100,---, Sildesheim 500,---, Gorau 150,---, Speyer 600,---, Aue i. Cragee 140,---, Augsburg 38,80, Elberfeld 36,80, Rostock 18,80, Könnern 250,---, Berlin 0,60, Achim 100,---, Preetz 200,---, Radolffzell 300,---, Calbe 3,50, Bochum 19,20, Gera 15,20, Stuttgart 36,---, Berlin 5,40, Ansbach 450,---, Seidberg 400,---, Köln a. Rh. 1002,10, Belten 100,---, Breslau 75,---, Mühlheim 9131,70, Genshagen 500,---, Söcht a. M. 400,---, Unterweißbach 90,---, Waren i. Meckl. 30,---, Weimar 400,---, Spandau 7,---, Göttingen 300,---, Gießfeld 31,30, Koblentz 1000,---, Königsberg (R.-M.) 130,---, Görsch 400,---, Uckermark 160,---, Potsdam 1,50, Götlich 18,80, Elshorn 1500,---, Berlin 77,28, Senau 16,---, Berlin 139,40, Gumbach 1000,---, Eilenburg 200,---, Regensburg 500,---, Edwobach 600,---, Würzburg 38,80, Lauenburg 79,15, Rejda 98,90, Eilenburg 150,---, Eisleben 250,---, Fürstentum 350,---, Hamm 500,---, Gindenburg 700,---, Jünaeu 200,---, Lauterberg 200,---, Meerane 100,---, Müden 500,---, Schmolln 100,---, Jersch 300,---, Lübeck 16,50, Bismarck 400,---, Calbe 180,---, Jüterbog 100,---, Eisenberg 180,---, Ransau 500,---, Kiel 1000,---, Berlin 900,---, Somburg 810,--- und 121,40 und 90,--- und 31,50, Wilsdorf 110,80,---, Schönebeck 800,---, Müden 90,80, Müllers 2,---, Saugen 596,---, Dresden 488,50, Gera 520,--- und 649,30, Borsdorf 32,27, Coburg 300,---, Teich 150,---, Fürth 50,---, Seidberg 400,---, Seidenheim 400,---, Potsdam 30,---, Ratibor 101,50, Etdenditz 400,---, Schwerin 100,---, Belten 100,---, Berlin 71,20, Cella 450,---, Lindau 120,---, Pörsch 200,---, Bittenberg 400,---, Sorstun 1000,--- und 1000,---, Girschberg 250,---, Dittelsburg 60,---, Pörsch 700,---, Göttingen 400,---, Elberfeld 400,---, Dresden 100,---, Gera 500,---, Halle

Lehrlingszuchterei oder „Öffentliche Heze“.

Die „Bäcker- und Konditor-Tageszeitung“ ist sehr verärgert über eine von unserer Organisation veröffentlichte Notiz in der Tagespresse, gegen die Bestrebungen im Unternehmerlager auf Verlängerung der Lehrzeit. Sie macht sich ihre Abwehr sehr leicht, indem sie unsere Stellungnahme als „Öffentliche Heze“ bezeichnet und schreibt dazu:

„Wider besseres Wissen versucht der genannte Verband hier aufzuwiegeln, trotzdem er selbst zugibt, daß in unserem Gewerbe an Lehrlingszuchterei nicht zu denken ist, da durch die bekannte Verordnung im Höchstfalle nur zwei Lehrlinge gehalten werden dürfen. Gerade unser Gewerbe hat betreffs Lehrlingsfürsorge in den letzten Jahren sich überaus eifrig betätigt, allerdings nicht im Sinne des Verbandes, und deshalb jedenfalls die Heze. Aus diesem Grunde ebenfalls weiterhin überall Lehrlingspflege in unseren Reihen!“

Was ist nun Tatsache? Der Redaktion dieses Innungsorgans ist so gut wie uns bekannt, daß ganz besonders im Bäckergewerbe eine unverantwortliche Lehrlingszuchterei und Lehrlingsausbeutung besteht, und wenn sie das nicht mehr wissen sollte, dann muß sie das Ergebnis der statistischen Erhebung vom „Germania-Verband“ zur Hand nehmen und sie wird dort finden, was selbst von dieser Zentralstelle der Bäckermeisterinnungen festgestellt wurde. Im Jahre 1926 wurden in den Innungsbetrieben neben 62 998 beschäftigten Gesellen 41 732 Lehrlinge ermittelt. In dieser Zeit entfielen auf je 100 beschäftigte Bäckermeister 66,2 Lehrlinge. Die Zahl der Lehrlinge würde um viele Tausende noch höher sein, wie sie festgestellt werden konnte, wenn alle bei den Innungsmeistern beschäftigten Lehrlinge erfasst sein würden; so aber war der Fragebogen des „Germania“-Verbandes sehr vorsichtig ausgearbeitet, und die Fragestellung beschränkte sich lediglich darauf, wieviel Lehrlinge nach den bestehenden Lehrlingsverordnungen in den Freistaaten beschäftigt werden.

Es ist doch allgemein bekannt, daß in sehr vielen Betrieben die Vorschriften über die Lehrlingshaltung übertreten werden und mit allen möglichen Mitteln versucht wird, eine höhere Zahl von Lehrlingen zu beschäftigen. Sollen sich da die Gesellen nicht zur Wehr setzen, wenn sie einsehen müssen, durch den großen Nachwuchs infolge der Lehrlingshaltung werden sie in kurzer Zeit aus ihrem erlernten Berufe verdrängt. Nach diesen ermittelten Ziffern über die Lehrlingshaltung, ist es dem Bäckergewerbe möglich, alle drei

Jahre den gesamten Gehilfenstand mit Neuausgelernten ersetzen zu können. Dieser Zustand ist in den Augen der Redaktion dieser Innungspresse noch nicht dazu angetan, daß im Bäckergewerbe an Lehrlingszuchterei zu denken ist. Wir möchten dann doch fragen, was diese Herren unter Lehrlingszuchterei überhaupt verstehen? Sie sollen uns doch auch endlich mit den Beteuerungen fernbleiben, gerade im Bäckergewerbe sei das Unternehmertum hinsichtlich der Lehrlingsfürsorge überaus tätig. Wir kennen wohl die Einrichtungen, die in den Innungen und in den Lehrlingsdezernten bestehen. Fortschrittlich sind sie allerdings nicht, der alte Jungegeist spielt auch dort eine große Rolle und der Lehrlingsausbildung wird in keiner Weise im fortschrittlichen Sinne Rechnung getragen. Wir können bei den Lehrlingsprüfungen recht häufig beobachten, daß die Ausbildung in sehr vielen Betrieben nicht in der Weise erfolgt wie sie unbedingt gefordert werden muß. Die Lehrlinge werden vielfach zu allen möglichen Hausarbeiten herangezogen und für die Erlernung des Handwerks bleibt sehr wenig Zeit übrig.

Die Bäckermeister würden nicht die geringste Ursache haben, auf eine Verlängerung der Lehrzeit hinzustreben, wenn sie in ihren Organisationen strenge Vorschriften gegenüber den Lehrmeistern zur korrekten Ausbildung der Lehrlinge erlassen würden.

Keine Verlängerung der Lehrzeit.

Auf unsere Eingabe gegen die Bestrebungen in den Kreisen der Konditorinnungen auf Verlängerung der Lehrzeit, an den Preussischen Minister für Handel und Gewerbe erhielten wir unterm 7. Juni folgende Antwort:

Auf die Eingabe vom 1. ds. Mts. erwidere ich, daß der von dem Herrn Regierungspräsidenten in Lüneburg mir vorgelegte Beschluß der Handwerkskammer in Harburg, betreffend Festsetzung einer 3½ jährigen Lehrzeit für das Konditorgewerbe, von mir nicht genehmigt worden ist. In Übereinstimmung mit dem Preussischen Landesgewerbeamt vertritt ich grundsätzlich die Auffassung, daß mit Rücksicht auf die kommenden Auswirkungen des in den Kriegsjahren eingetretenen Geburtenrückganges auf dem Arbeitsmarkt seitens der Handwerkskammern eine längere als dreijährige Lehrzeit in einem Handwerk nicht allgemein für ihren Bezirk festgesetzt, sondern, wenn sie unbedingt erforderlich erscheint, der Regelung durch die Innungen oder der Vereinbarung zwischen den Parteien überlassen werden sollte. Da ein neuer Antrag der genannten Handwerkskammer hier bisher nicht eingegangen ist,

dürfte von einer Besprechung der Angelegenheit vorläufig abgesehen werden können. Es ist zu erwarten, daß auch in den übrigen Freistaaten dieser vernünftige Standpunkt eingenommen und die Zustimmung auf Verlängerung der Lehrzeit allgemein abgelehnt wird.

Pfingstfahrt der Bielefelder Jugend.

Wochenlang hatte die Jugend gespart zu einer Fahrt nach Hamburg. In aller Frühe am Samstag vor Pfingsten erfolgte die Abfahrt bei munterem Spiel der Musikanten. Alles lachte herzlich, wenn unser „Großer“ beim Schinkenklöpfen erwischt wurde, kräftig schlugen unsere kleinen Mädels dann zu.

Am Hamburger Bahnhof erwartete uns die Vertretung der dortigen Jugendgruppe um uns in ihre Obhut zu nehmen. Nach einer Rundfahrt auf der Alster waren wir Gäste der Ortsgruppe Hamburg. Unsere Hamburger Kollegen erfreuten uns durch Rezitation usw., die Bielefelder brachten Musikaufführungen und Reigen zum Vortrag. Am Pfingstsonntag war große Hafenrundfahrt und Besichtigung eines Dzeandampfers. So etwas hatte man nicht erlebt und manch einem war es unsagbar, was sich dem Auge alles bot. In vielen Erfahrungen reicher wurde der erste Tag beendet.

Der letzte Tag läßt uns in aller Frühe große Neubauten schauen, führt uns aber auch in die elenden und schlechten Wohnungsverhältnisse in den einzelnen Gegenden ein. Kapitalistische Gegensätze, wie sie schlimmer nicht sein können.

Am selben Tage wird noch die Rückfahrt angetreten und sind unsere Jugendlichen um viele Erfahrungen reicher und erkennen um so mehr die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses.

Die erste Fahrt hat Freude bei den Jugendlichen ausgelöst und wird mit dazu beitragen, neuen Kampfesgeist für die Befreiung der Arbeiterklasse zu schaffen.

Den Hamburgern sei aber zum Schluß nochmals für die freundliche Aufnahme bestens gedankt.

Lehrlingsentwädigung in Wien.

Am 28. Mai wurde die Entschädigung für die Lehrlinge in den Wiener Bäckereien neu geregelt. Sie beträgt im ersten Halbjahr 1 Schilling, im 2. Halbjahr 1,50 Schilling und steigert sich von Halbjahr zu Halbjahr um einen weiteren Schilling bis zum Höchstbetrag von 8 Schilling. Für Lehrlinge außer Verpflegung erfolgt ein weiterer Zuschlag von 12 Schilling pro Woche.

Der Sohn der Arbeit.

Skizze von Alfred Huppert.

(Nachdruck verboten.)

Wenige Wochen später trat der Schwiegersohn Horstigs, Herr Senf zu Würsig heran, beobachtete ihn einige Zeit und sprach dann mit einer Schärfe, die nur dem Senf eigen ist: „Wissen Sie, mir wird schlecht, wenn ich Ihnen zusehe! Wir müssen einen anderen Arbeiter an Ihre Stelle herbringen. Das muß doch flotter gehen! Wie soll ich da meinen Betrieb leistungsfähig erhalten?“

Würsig schaltete aus und trat ein Stück von der Maschine weg. „Ich kann mich doch nur dem Tempo der Maschine anpassen“, gab er gereizt zur Antwort und bekam einen roten Kopf.

„Quatsch!“ schrie Herr Senf. „Zuviel Pausen machen Sie! Unnötiger Stromverbrauch! Wo soll das hin? Ich muß Ihnen eine andere, allerdings nicht so hoch bezahlte Arbeit geben, ob Sie wollen oder nicht, mir ist's egal!“

„Wenn ich übrig bin, dann sagen Sie es mir, Herr Senf“, flammelte Würsig. „Ich möchte bei Ihnen auf kein Almosen angewiesen sein“, fügte er furchtlos hinzu.

„Natürlich nicht!“ meinte wiederum der junge Fabrikherr. „Sie haben ja auch gar kein Almosen nötig! Das sehen Ihnen doch Ihr lieber Verband, dem Sie jahraus, jahrein den hohen Obulus geopfert haben. Weiß Gott, Würsig, Sie sollten es uns danken, daß wir Sie trotz Ihres Alters weiter beschäftigen wollen. Jüngere Kräfte leisten mehr und sind billiger!“

„Gewiß!“ bestätigte Würsig. „Ich war auch jung als ich zu Herrn Horstig in die Arbeit trat. Ich war damals vierundzwanzig. Dreißig Jahre bin ich nun hier. Ja, wo hab ich denn alle meine Kräfte gelassen? Wer hat von meinen jungen Jahren den Nutzen gehabt? — Herr Horstig! Wo ist der Lohn für diese Arbeit?“

Im Gesicht des jungen Fabrikherrn begann es zu zucken. Er wandte sich um und suchte nach einem Arbeiter.

„Sie! — Hentschke! — Kommen Sie mal her.“ rief er laut.

Der Angerufene eilte zu Herrn Senf.

„Also: Sie werden ab nächster Woche diese Maschine bedienen. Verstehen Sie sich darauf?“

„Nein!“ war die Antwort des Arbeiters.

„Nicht?“ fragte Herr Senf überrascht. „Na 's ist ja kinderleicht! Das zeigt Ihnen noch der Würsig, der richtet Sie ein. Ich gebe Ihnen auf diese Arbeit einen Zuschlag von acht Pfennig auf den Stundenlohn, verstanden?“

„Sawohl, Herr Senf, ich danke!“ verbeugte sich der Arbeiter.

Der Fabrikherr wandte sich wieder an Würsig.

„Und Sie — Sie kommen nächste Woche in den Backraum.“

„Backraum?“ wiederholte Würsig, sichtlich erstaunt.

„Na ja! Was ist da dabei?“

„Schwere Arbeit und weniger Lohn“, brummte Würsig vor sich hin.

„Was meinten Sie?“ fragte Herr Senf mit seiner bekannten Schärfe, obwohl er die Aeußerung Würsigs wohl verstanden hatte. „Wenn Sie nicht wollen, dann sagen Sie es!“ sprach er unfreundlich zu ihm.

Er ging weiter durch die Arbeitsräume.

Die beiden Arbeiter sahen sich eine Weile schweigend ins Gesicht.

„Mensch, da siehst du's wieder einmal: organisiert sein, wie du und andere es hier sind, bringt nicht ein.“

„Ich habe Stern — — —“

„Das macht dein Stahlhelmabzeichen“, fiel Würsig seinem Kollegen höhnend ins Wort.

„Ja, siehst du, ich mache Charge! — — Also, du wirfst mich an der Maschine einrichten?“ fragte Hentschke kleinlaut.

„Ich? — Ich denke ja nicht daran, ich bin doch nicht mein eigener Totengräber!“

„Na, hör mal.“ höhnte Hentschke. „Ob du willst oder nicht, du wirst doch, mit Herrn Senf ist nicht zu spaßen, du hast ihn doch schon genug genossen. Du — der beißt — der beißt.“ fügte er lachend hinzu und ging wieder an seine Arbeit.

Würsig stand wieder vor seiner Maschine, die wieder in Gang gekommen war. Er hatte seine Ruhe verloren. Sinnend stand er da.

„Also übrig gemacht sollte er werden! War das der Dank, der Lohn der Arbeit?“ so dachte er bei sich selbst.

Sein Herz klopfte vor Erregung stark. Es flimmert ihm plötzlich vor den Augen. Ein gequälter Seufzer entringt sich seiner Brust.

Er beginnt zu wanken — — — !

Da ergreift ihn das große Rad der Maschine.

Ein gellender Aufschrei!

Ein Körper wird mehrmals herumgeschleudert — dann stehen die Maschinen.

Totenstille — Entsetzen!

Man zieht ihn hervor. — Gebrochene Glieder — Blut. Kein Zucken, kein Laut verrät noch Leben in dem Körper.

Würsig ist erledigt — er braucht nicht langsam hinausgeworfen werden. — — Schweigend trägt man ihn hinaus. — —

Daheim bricht schluchzend eine Frau über ihm zusammen.

Das ängstliche Geschrei der Kinder hört sie nicht.

Jäh fährt sie wieder empor, um mit einem gräßlichen Fluch auf diesen Unternehmer erneut an der Leiche ihres Mannes niederzusinken. Sie glaubt nicht mehr an Gott, der die Brutalität der frechen Unternehmer strafen wird, aber sie glaubt fest daran, daß es den Arbeitern in ferner Zeit gelingen wird, sich von dem Joch der Unterdrücker zu befreien. Sie will daran mitarbeiten und ihre drei unversorgten Kinder in diesem Sinne erziehen.

Ihre Absicht wird auch nicht durch den Nachruf geschwächt, den die Firma in der bürgerlichen Presse losließ in dem sie den tödlich Verunglückten als einen der bravsten Arbeiter pries, dessen Andenken sie allezeit in Ehren zu halten versprach.

Sie wußte, an der Befreiung muß jeder Arbeiter mitarbeiten; ihr war das Recht gegeben, Schulter an Schulter mit den Arbeitsbrüdern mit geistigen Waffen zu kämpfen.